

Preis 10 Pf. ...
Wochenschrift ...
Preis 10 Pf. ...
Wochenschrift ...
Preis 10 Pf. ...

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Preis 10 Pf. ...
Wochenschrift ...
Preis 10 Pf. ...
Wochenschrift ...
Preis 10 Pf. ...

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 91.

Mittwoch, den 20. April 1910.

21. Jahrgang.

Eine Anklageschrift aus dem Baugewerbe.

Kein Ton der Leidenschaft klingt aus den zweiundzwanzig Seiten der „Denkschrift über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910“, die soeben im Selbstverlage der vier beteiligten baugewerblichen Zentralverbände in Hamburg erschienen ist. Und doch wirkt diese Schrift gerade durch die Wucht ihrer ruhigen und sachlichen Darstellung geradezu als eine gegen die schuldigen Urheber nun ausgebrochenen sozialen Kriegeres gerichtete Anklageschrift. Kein Unparteiischer wird diese Schrift aus der Hand legen, ohne die Ueberzeugung aus ihr gewonnen zu haben, daß hier eine Tat am Volke verübt worden ist, die alle bisherigen Leistungen der Unternehmerrückwärts in den Schatten stellt.

455.000 Berufszugehörigen steht das Baugewerbe nach der letzten Zählung an erster Stelle aller Berufsgruppen. Und gerade hier, an diesem empfindlichsten Teil der Volkswirtschaft mußte nach dem Willen der Unternehmer ein Kampf ausbrechen, der die wirtschaftliche Volkskraft zu verheeren droht. Niemals ist das Baugewerbe durch Streiks, deren Kulturbedeutung man aus der angegebenen Zahl der Berufszugehörigen erkennen mag, in ähnlicher Weise erschüttert worden. So stellt die Denkschrift fest, daß in den Jahren 1903 bis 1907 von je 100 Zimmerarbeitern nur 3,08 bis 7,45 Prozent im Lohnkampf standen. Alle diese Kämpfe haben sich in enger lokaler Begrenzung abgespielt und die baugewerbliche Produktion nicht in nennenswerter Weise beeinträchtigt. Der Arbeitgeberbund setzt an Stelle der lokalen Einzelkämpfe den zentralisierten Massenkampf, an die Stelle einer kaum fühlbaren prozentualen Beeinträchtigung der Produktion die allgemeine Stilllegung.

Am Schluß des Jahres 1907 bestanden in 8005 Orten für 154.385 Maurergesellen und 69.239 Hilfsarbeiter, in 831 Orten für 46.216 Zimmerer Tarifverträge. Mit Recht wird daran erinnert, daß die Verwirklichung der von bürgerlichen Sozialpolitikern gefeierten Tarifidee den Gewerkschaften zu danken ist, während sich die Arbeitgeber dem Streben nach solcher Stabilisierung des sozialen Friedens aufs lebhafteste widersetzen. Schon im Jahre 1899 sprach der Bauerrat und preussisch-konservative Landtagsabgeordnete Felsch aus, was das nächste Ziel des baugewerblichen Scharfmachertums war: „Bevor wir nicht“, sagte Herr Felsch auf der Bundesgeneralversammlung von 1899, „eine große Kraftprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen, eine solche Kraftprobe muß angestellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Betrieben, wenn nicht in ganz Deutschland, aussperren können, damit es mit den ungerechten Anforderungen ein Ende kommt.“

Auf welche Weise nun dieses Ziel der Scharfmacher erreicht worden ist, wird in der Denkschrift mit erschöpfender Ausführlichkeit ausgeführt. Auch hier muß man aus den seitenslangen, rein sachlich gehaltenen Darstellungen den Eindruck gewinnen, daß noch nie ein sozialer Kampf in frivoler Weise vom Zaun gebrochen worden ist. Die Arbeitgeber haben — das muß immer wiederholt werden, obwohl es allen Einzelnen längst bekannt ist — mit klarem Bewußtsein und in voller Absicht so gehandelt, daß eine schiedlich-friedliche Lösung der schwebenden Streitfragen unmöglich wurde. Denn anstatt eine Einigung mit den Arbeiterorganisationen über die Fortführung des Tarifverhältnisses anzustreben, stellte man einfach einseitig Tarifbedingungen auf, die für die Arbeiter eine unerträgliche Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse bedeuten und erklärte für den — selbstverständlich vorausgesehenen — Fall der Ablehnung den Krieg. Die Unternehmer handelten also ganz unverzüglich, wenn sie die letzten von der Regierung eingeleiteten Friedensverhandlungen, deren schon veröffentlichtes Protokoll als Anhang beigegeben wird, an der Schwelle scheitern ließen. Sie handelten eben wie Leute, überhaupt keine Einigung, sondern den Streit wollen.

Nun sagen freilich die Arbeitgeber, auch sie wollten einen Tarif. Aber ein Tarif, den man nicht mit dem gleichen Teil vereinbart, den man ihm vielmehr wie eine Schlinge über den Kopf wirft, ein einseitig festgesetzter Tarif, den man dem andern anbietet mit der Einladung „Nimm fröhlich oder stirb“, ist weiter nichts als eine Verhöhnung des Gedankens der Tarifgemeinschaft.

im Tiefbau, wo diese die beim Hochbau gezahlten Löhne übersteigen, andererseits strikte Verweigerung jeder Lohnaufbesserung, Verbot für die Gewerkschaften, sich in die Regelung der Akkordarbeit einzumischen, Verbot der Agitation auf den Bauplätzen während der Pausen, Verbot jeder weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, das alles sieht weniger nach einer Tarifvereinbarung als nach einer Zuchtstrafe aus. Das Wort wird gekrönt durch die beantragte Streichung der Tarifbestimmung, in der erklärt wird, daß Zugehörigkeit zu einer Organisation kein Entlassungsgrund sein darf, und in der einseitigen Ausgestaltung des Arbeitsnachweises. Auf Grund eines erdrückenden Beweismaterials, das noch ausführlichere Wiedergabe verdient, stellt die Denkschrift folgendes als den Zweck der geplanten Neuordnung des Arbeitsnachweises fest:

1. Beherrschung des Arbeitsmarktes und dadurch Beeinflussung der Lohnhöhe.
2. Willkürliche Einstellung der Arbeiter. Die Arbeitgeber-Nachweise sind obligatorisch, kein Unternehmer darf Leute einstellen, die nicht durch den Arbeitsnachweis gegangen sind. Dadurch wird eine scharfe Kontrolle ermöglicht. Willkürliche Arbeiter werden überhaupt nicht vermittelt, ebensowenig schwächliche oder ältere Leute. In Chemnitz klagen die Bauarbeiter, daß ältere Männer über 42 Jahre überhaupt nicht eingestellt werden.
3. Der Arbeitgeberbund trachtet nach dem Recht, den einzelnen Arbeiter zwingen zu können, bestimmte Arbeiten, namentlich solche die aus Streikorten kommen, oder auszusperren, wieder zu entlassen. Daher soll es heißen, die Einstellung und Entlassung der Arbeiter ist nicht Sache des Arbeitgebers, sondern der Arbeitgeber.

Wer sollte da der Denkschrift nicht zustimmen, wenn sie fortfährt:

Ist das noch Gleichberechtigung? Sind Tarifverträge mit solchen Bestimmungen noch paritätische Verträge? Wir sagen im Namen unserer mehr als 300.000 Mitglieder: Nein! Solche Verträge würden keine Tarifgemeinschaft, sondern eine Tarifnechtschaft begründen und darum kann es für uns nur eins geben: strikteste Ablehnung.

„Wir appellieren an das Gewissen der Öffentlichkeit!“ Mit diesen Worten schließt die Schrift, die außer von den Vorsitzenden der drei auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden auch vom Vorsitzenden des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, J. Wiederberg, unterzeichnet ist. Soweit sie demnach auch davon entfernt ist, Parteifarben zu tragen, so bildet sie doch ein zeitgeschichtliches Dokument aus einer Ära verschärfter Massenkämpfe, das wir in der proletarischen Aufklärungsliteratur nicht missen möchten. Das Baugewerbe neigt durch die natürlichen Bedingungen, unter denen es ausgeübt wird, stark zu lokaler Zersplitterung, und doch stehen die Arbeiter einer konzentrierten Kapitalmacht gegenüber, die historisch auftritt und mit einem Schlage ihre Betriebe stilllegt! Die Tarifgemeinschaft, die hier herrschen, galt bürgerlichen Sozialpolitikern als der Beginn einer Zeit des sozialen Friedens, in der Kapitalwölfe und Arbeitsmänner auf einer Wiese miteinander weiden sollten, und nun bricht ein sozialer Krieg von noch nicht dagewesener Ausbreitung und Schärfe los — auf Veranlassung der Unternehmer! Nach Widerlegung marxistischer Lehren und sozialdemokratischer Politik sieht das alles gerade nicht aus. Und wenn die Denkschrift zum Schluß an die Öffentlichkeit appelliert, was ist das anderes als ein Appell an das Volksgewissen, das im Staate lebendig werden und der Tyrannei einer besitzenden Minderheit durch den entschlossenen Willen der Gesamtheit ein Ende bereiten soll?

Die Arbeitgeber wollen der Öffentlichkeit die Ansicht aufzwingen, daß die Arbeiter den Kampf verschuldet hätten. Sie haben in verschiedenen Zeitungen behauptet, die unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter machten einen Kampf unumgänglich. Dabei wird auch angeführt, die Arbeiter forderten eine Lohn-erhöhung von 10 Pfennig pro Stunde. Demgegenüber stellt die Denkschrift ausdrücklich fest, daß die Arbeiter überhaupt noch keine Lohnforderungen aufgestellt haben. Die Arbeiterchaft steht in diesem Kampf vollständig in der Verteidigung. Nicht um Forderungen der Arbeiterchaft geht der Kampf, sondern um Forderungen der Arbeiterchaft, die in unversöhnlichem Widerspruch stehen mit dem Grundsatz der Parität. Was die Arbeitgeber an Änderungen fordern, ist nicht eine organische Fortentwicklung des Tarifvertrages, sondern es charakterisiert sich als ein Beginnen, alles das am Tarifvertragswesen zu vernichten, was für die Arbeiterchaft gerade besonders wertvoll war. Dies Begleiten ist gänzlich unmotiviert und entspricht nicht einmal einem tatsächlichen Bedürfnis der Arbeiterchaft. Es sind auch nicht alle Arbeitgeber mit dem Vorgehen des Arbeitgeberbundes einverstanden, so die Magdeburger Arbeitgeber und die Arbeitgeber in Hamburg und Bremen. Auch die Vertreter der Berliner Arbeiterchaft waren mit der Haltung des Bundes im Widerspruch. Daß sie die Presidieren Bauarbeiterchaft noch vor

der offiziellen Sitzung verließen. Der Arbeitgeberbund hat die wichtigsten seiner unannehmbaren Vorschläge aufrecht erhalten, er läßt seine Betriebe schließen, um die Arbeiter durch die Aussperrung zu zwingen, seine Vorschläge zu akzeptieren. Die Arbeiterchaft wird sich verteidigen, so gut sie kann. Sie wird keine Opfer scheuen, um das mühsam errungene Prinzip der Gleichberechtigung zu erhalten. Gehen in diesem Kampfe ungeheure Werte von Volksvermögen verloren, so sind sie der Herrschaft des Arbeitgeberbundes geopfert, aber nutzlos geopfert, denn er wird sein Ziel nie erreichen. Die deutsche Bauarbeiterchaft wird niemals die Hände in den Schoß legen, sie wird opfern und kämpfen für den Grundsatz der Gleichberechtigung, bis sie ihm die endgültige Anerkennung errungen hat. — Die Denkschrift schließt mit den Worten: „Die Zahl der erwerbslos werdenden Arbeiter wird in kurzer Zeit in die Hunderttausende gehen. Mit ihren Familienangehörigen wird vielleicht eine Million und mehr Menschen ohne Erwerb sein. Und das alles, weil der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe oder eigentlich nur eine kleine aber laute Minderheit in ihm die Bauarbeiterorganisationen zwingen will, auf ihre selbstverständliche Gleichberechtigung zu verzichten. Wir Arbeiter können nichts anderes tun, als uns nach Kräften zu wehren. Und das wird geschehen, obwohl sich unsere Gegner mächtiger rühmen. Soll ihnen doch von namhaften Textilindustriellen zugesagt worden sein, daß auch die in den Textilfabriken arbeitenden Frauen ausgesperrter Bauarbeiter für die Dauer der Aussperrung entlassen würden. So also will man die Arbeit und ihr Recht erwürgen. Wir appellieren an das Gewissen der Öffentlichkeit!“

Das Wahlrecht im Herrenhause.

Die Wahlrechtskommission des Herrenhauses nahm am Montag den 5. betreffend die Bildung der Stimmbezirke, unverändert an.

Zu § 6 wurde die Vergrößerung der Steuerbeitragsbezirke angenommen, in welchem Umfange, wird noch nicht mitgeteilt.

Zu § 8 wurden sowohl der Beschluß des Abgeordnetenhauses betreffend Privilegierung der Abiturienten, sowie sämtliche dazu gestellten Änderungsanträge abgelehnt. Die Rüge soll in der zweiten Lesung ausgefüllt werden.

Die offizielle nationalliberale Parteikorrespondenz für Westfalen teilt mit, daß zwischen der Regierung und einigen Herrenhausmitgliedern Verhandlungen über ein Kompromiß stattgefunden haben, das den Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus die Zustimmung zur Wahlreform ermöglichen soll. Die treibende Kraft bei diesen Kompromiß-Verhandlungen sind die nationalliberalen Großindustriellen, die sich mit der Einführung der geheimen Wahl bei den Wahlmännern wählen nunmehr einverstanden erklären und nur noch eine Drittelung in größeren Bezirken — also nicht mehr in Gemeinden — und eine Milderung der Maximierung verlangen. Für den Fall, daß etwa die Konservativen sich gegen die Zugeständnisse erklären sollten, erwartet die rheinisch-westfälische Großindustrie, daß die Regierung die ganze Vorlage scheitern lassen werde.

Politische Uebersicht.

Hochburgen der Finsternis.

Von allem, was über die Wahl von Vnd-Oleto geschrieben wurde, ist wohl am interessantesten das Geständnis der konservativen Presse, daß die Bevölkerung dieses Wahlkreises sich im Zustande vollständiger politischer Unaufmerksamkeit befindet. Die Tatsache selbst stand freilich seit jeher außer Frage, und wie es in Vnd-Oleto ist, so ist es auch überall andermwärts, wo das konservative Kammer seit Jahrzehnten ununterbrochen geweht hat. Konnte man doch auch in der Zentrumspresse gelegentlich das Besenstielchen lesen, daß in diesen schwarzen Hochburgen gar nichts zur politischen Aufklärung der Bevölkerung getan wird, daß man dort vielmehr bestrebt ist, alle Beschäftigung mit politischen Fragen, die vielleicht zum Nachdenken und zur Kritik Anreiz geben könnten, von der Bevölkerung fern zu halten. Während in den großstädtischen Hochburgen der Sozialdemokratie durch zahllose Versammlungen, Unterrichts-kurse, Vorträge und Diskussionen, in denen auch der Gegner das Wort ergreifen kann, an der Verbreitung und Verlesung der politischen Bildung rastlos gearbeitet wird, liegen die weiten Gefilde, aus denen die konservativen und ultramontane Reaktion ihre Kräfte schöpft, noch in vollkommeneren Urzustände da. Auf Geheiß einiger einflußreicher Personen wählt man den Pfarrer X oder den Landrat Y oder den Landrat Z in die Volksvertretung, und dann gibt es wieder für fünf Jahre überhaupt keine Politik mehr.

Wenn jetzt die konservativen Presse zugibt, daß die Wähler von Vnd-Oleto, die seit Jahrzehnten konservativ wählen in ihrer Mehrheit, überhaupt gar nicht wissen, was sie tun, so trifft das Gleiche auch auf die anderen „tobsternen“ Kreise der Konservativen und des Zentrums zu. Noch niemals sind ausgebeugenen diesen diese Parteien ihre Stellung von der politischen Unfähigkeit rückständiger Teile der Bevölkerung, wodurch besten

Die Dreifigkeit, für diese Bevölkerung, das heißt in Wirklichkeit für sich selbst, ein Privileg zu fordern, und durch Aufrechterhaltung einer veralteten Wahlrechtsordnung die auf höherem Bildungsstadium stehenden dichtbewohnten Kreise zu entrechten. Ganz Deutschland und ganz Preußen wird unter der Herrschaft des schwarz-blauen Blocks so regiert, als ob es auf der Bildungsstufe der armen Massen von Ostpreußen stünde.

Nun hat sich gezeigt, daß selbst Unkultur und Unwissenheit aufgehört haben, eine sichere Stütze der konservativen Parteiherrschaft zu sein, daß ein bloßes Agitationsarbeit und Geld genügt, um in einem „todsfürer“ Preis das Oberste zu unterst zu kehren. Es ist ganz gleichgültig, ob in Ostpreußen der nationalliberale Herr Reichau oder ein Hofkloß gewählt wurde, daß dort ein konservativer Landrat als Reichstagskandidat unterliegen konnte, das ist das Entscheidende. Damit ist bewiesen, daß es möglich ist, die Konservativen bis auf den letzten Mann aus dem Reichstage hinauszujagen.

Die erste Beratung der Reichsversicherungsordnung.

Der Reichstag wandte sich am Montag jener Vorlage von vorläufigen Dimensionen zu, die als Reichsversicherungsordnung bekannt, dem arbeitenden Volk nur allzu bekannt ist. Nachdem das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Grafen Oriola in gewohnter Weise gelehrt worden war, ergriff als erster Redner Herr Spahn vom Zentrum das Wort. Der Staatssekretär Dr. Delbrück ist erkrankt und so blieb die erste Lesung dieser hochwichtigen Vorlage ohne das, was man eine Einbringungsrede nennt. Herr Spahn übte an einigen Stellen ziemlich scharfe Kritik und sprach sich gegen die Erdoberleitung der proletarischen Selbstverwaltung der Krankenkassen aus. Aber das war in erster Lesung, und Herr Spahn gab sogar diese Erklärung nur für seine Person ab. — Dem konservativen Redner, Schickert, gefiel natürlich an der Vorlage am besten, was den proletarischen Interessen am entschiedensten gegenübersteht, so der Schlag gegen die Krankenkassen, so die Landkassen, dieser Schuß auf jede Selbstverwaltung. Die langweilige Rede des nationalliberalen Landrats aus Reich, Horn, die auf den Schriftführer Rauff-Obermann so beruhigend einwirkte, daß er auf seinem Amtsstuhl einschiel, enthielt, soweit sie überhaupt verständlich war, in allgemeinen Wendungen allgemeine Zustimmung zur Vorlage, nebst Einwendungen gegen einzelne Stücke. Angenehm enttäuschte die Rede des Fortschrittlers Mugdan. Seit er sich wieder in Opposition befindet, hat Herr Mugdan an Schärfe des Blickes gewonnen. Er war nicht allzu große Schärfermacherien gegen die Krankenkassen und wandte sich stellenweise mit großer Schärfe und großem Geschick gegen die zahlreichen reaktionären Bestimmungen in dem Entwurf, gegen die geistlose Bürokratiearbeit und die schematische Vertikalisierung. Ein bißchen reißt an der Sozialdemokratie mußte sich natürlich Herr Mugdan doch. Der folgende Redner, Genosse Polkenbühr, gab ihm darauf die nötige Antwort. Rosenbühr, der bekanntlich auch in gegnerischen Kreisen als Autorität in Versicherungsfragen allgemein anerkannt ist, beriefte sich und verallgemeinerte die Kritik des Vorredners. Die Versicherungsgesetzgebung, ursprünglich als das Zuberbrot gedacht, das die Peitsche des Sozialistengesetzes ergötzen sollte, hat sich gegenüber der Sozialdemokratie so machtlos erwiesen, wie das Sozialistengesetz selbst. Die neue Versicherungsordnung, wie sie in der Vorlage enthalten ist, bringt statt einer organischen Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige eine Bürokratisierung auch dort hin, wo sie bisher fehlte. Aber damit nicht genug. Die paar wirklichen Fortschritte werden mehr als wettgemacht schon durch den einen, übrigens keineswegs einzigen, wenn auch größten Rückschritt, den die Vorlage enthält, durch die Regestamotierung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. — Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Der sozialdemokratische Schnapsboykott. Die von der sozialdemokratischen Presse festgestellte Wirkung des Schnapsboykotts ist mehrfach angezweifelt worden, und zwar nicht nur von den den Schnapsjüngern nahestehenden Blättern, sondern neuerdings auch vom „Abstinente Arbeiter“ in seiner Nummer vom 1. April. Der „Abstinente Arbeiter“ läßt sich dabei auf die Tatsache, daß im Betriebsjahre 1908 bis 1909 die Alkoholproduktion zu Trinkzwecken bedeutend größer gewesen sei als im Vorjahre. Dieser Mehrverbrauch sei auf die Vorversorgung der Wirte z. vor Inkrafttreten der neuen Steuer am 1. Oktober 1909 zurückzuführen und müsse deshalb dem Verbrauch des laufenden Jahres zugerechnet werden, dann reduziere sich aber der Rückgang in den ersten 5 Monaten des neuen Betriebsjahres gegenüber dem Vorjahre auf lumpige 6,8 Prozent, oder aber, wenn man annehme, daß auch am 1. März die Lagerbestände der Wirte und Händler noch um 50.000 Hektoliter größere gewesen seien als im Vorjahre auf 11,5 Prozent.

Diese Berechnung ist natürlich durchaus irrig. Allerdings weist das Betriebsjahr 1908/09 einen Mehrverbrauch an Trinkbranntwein gegen das Vorjahr von 227.492 Hektoliter auf. Von diesem Mehrverbrauch entfallen aber auf die ersten 6 Monate vom 1. Oktober 1908 bis 1. März 1909, in denen doch sicher noch niemand an eine Vorversorgung dachte, allein 50.544 Hektoliter. Nimmt man auch für die letzten 6 Monate eine gleiche Steigerung gegenüber dem Vorjahre an, so würde dies einen Mehrverbrauch im Jahre selbst von rund 100.000 Hektoliter ergeben. Es blieben dann also im Höchstfalle 127.000 Hektoliter, die als Vorversorgung gelten könnten. Dann würde sich der Rückgang des Trinkverbrauchs bereits auf 20 Prozent heben. Aber auch dies ist noch eine sehr zweifelhafte Rechnung; es ist vielmehr anzunehmen, daß der Rückgang des Trinkverbrauchs ein noch viel größerer ist. Dafür spricht neben dem Kammer und den Klagen der Futelpresse über die schlechten Geschäfte die Tatsache, daß der Rückgang in allen Monaten ein konstanter ist. Würde er nur auf die Ansammlung von Vorräten zurückzuführen, so müßte er mit deren allmählicher Aufzehrung verschwinden. Tatsächlich hat sogar der letzte Monat einen um eine Kleinigkeit höheren Rückgang gebracht, als durchschnittlich die ersten 5 Monate des neuen Betriebsjahres. Es betrug:

vom 1. Oktober bis 31. März 1908/09	1909/10
Alkoholsteigerung	3 254 628
Gewerblicher Verbrauch	910 427
Trinkverbrauch	1 313 330
	2 714 155
	985 600
	206 321

Der Rückgang des zu Trinkzwecken veräußerten Branntweines beträgt also in diesen 6 Monaten 31,3 Prozent gegenüber 31,1 Prozent in den ersten 5 Monaten. Trotz des stark gesteigerten gewerblichen Verbrauchs und trotz Vermehrung der Ausfuhr ist die Erzeugung um fast 16 Prozent zurückgegangen, so daß die Verweissung der Schnapsjunker, die sie neuerdings auf alle möglichen Maßnahmen zur Hebung des „Proflutens“ finnen läßt, wohl zu begreifen ist. Die Arbeiterklasse aber kann sich über dieses Resultat in zweifacher Beziehung nur freuen. Die weitere Lösung muß darüber sein: „Nieder mit dem Alkohol, hoch der Leipziger Beschluß!“

Die Verzollung des Staubes. Die Mannheimer Zollbehörde befaßt sich nicht damit, Zoll von Weizen und anderen Körnerarten zu erheben, sondern sie verlangt mit sensibler Gewissenhaftigkeit auch die Verzollung des Getreidestaubes. Wenn die Mitteilung über diese erstaunliche bürokratische und volksfeindliche Maßnahme einer hohen Zollbehörde nicht immer durchsichtigeren Quellen entkamme, so wäre man sie für einen schlechten Witz halten. In dem schon erwähnten „Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1909“ befindet sich auf Seite 62 unter dem Rubrum „Gesundheitsschädliche Einflüsse“ nämlich folgende verblüffende Stelle: „In Mannheimer Großmühlen wurde beim Ausladen des Weizens aus dem Schiff beobachtet, daß an der Stelle, wo der Weizen aus dem Elevator auf das Transportband fällt, und ebenso dort, wo er vom Transportband auf die Waage fällt, starke Rauchwolken entstehen. In beiden Stellen sind Arbeiter beschäftigt. Eine vorhandene Abfangungsrichtung wurde nicht benutzt, da die Zollbehörde die Verzollung des gesammelten Staubes verlangt, während der frei wegfliegende Staub unberücksichtigt bleibt. Aus gesundheitlichen

Gründen war eine Forderung dieser Bestimmung nicht möglich. Im Interesse der Arbeiter mußte darauf bestanden werden, daß die Entstaubungsanlagen wieder in Tätigkeit gesetzt wurden, zumal die durch Verrottung des Staubes entstehenden Weizenkosten verhältnismäßig gering sind.“ Soweit der Bericht. Er kennzeichnet mit dieser kurzen Schilderung des Sachverhaltes die unglücklich bürokratische Kurzsichtigkeit der Zollbehörde, die den frei herumfliegenden Staub, den die Arbeiter zum Teil einatmen, unverzollt lassen muß, die aber sofort im Interesse des Fiskus die Hand lassen will, sobald der Staub, wenn auch aus hygienischen Gründen gesammelt und derselbe mehr und weniger für die Verzollung gewonnen ist. Gleichzeitig kennzeichnet dieser Vorgang auch die Unternehmlichkeit, wenn ihnen der Fiskus an den Weizenbeuteln kommt, rekonstruieren sie nicht etwa genau diesen unheimlichen Eingriff der Zollbehörde, sondern lassen den Staub einfach wieder frei umherfliegen. Das alte Unternehmen mit einer hochmütigen Zollbehörde steht den Dörfern höher als der Arbeiterklasse.

Derenburg und das Zentrum. Der Vorstoß, den das Zentrum zunächst etwas vorsichtig gegen Derenburg unternommen hat, beginnt konnaktere Formen anzunehmen. Abg. Erberger hat öffentlich im „Tag“ eine gedrängte Uebersicht der Zustände in den Kolonien und gibt dabei seiner Freude darüber unverbohlen Ausdruck, daß unter den Kolonisten das Verlangen nach der Selbstverwaltung immer mehr in die Erscheinung tritt. Diese Selbstverwaltung will aber gerade Herr Derenburg den Kolonisten höchstens in sehr beschränkter Weise angedeihen lassen. Abg. Erberger weist dann auf die tiefstehenden Differenzen hin, die zwischen der Verwaltung in Südwestafrika und dem Staatssekretär ansgedrungen sind. Nicht nur die höheren Verwaltungsbeamten scheiden aus dem Dienst, auch die höheren Schutztruppenoffiziere kehren nach Deutschland zurück und treten wieder in die Armee ein. Als ein weiterer Streitpunkt kommt der Vertrag mit der Kolonialgesellschaft in Frage. Nachdem die angeführte Petition der südafrikanischen Anlieher eingetroffen ist, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Derenburg die Interessen der Kolonialgesellschaft zu sehr in den Vordergrund gestellt hat. Abg. Erberger meint dann:

„Die Unzufriedenheit in Südwest wird nicht dadurch beseitigt, daß man eine Zeitung aufkauft und sie dann im offiziellen Schriftverkehr liest; das Blatt wird bald in der Kolonie keine Abonnenten mehr haben und kann dann nur im Heimatland politische Dörfer der Zufriedenheit und Harmonie vorzaubern. Die heutige Spannung kann ohne Schöpfung des Allgemeinwohl nicht mehr lange dauern; eine Reihe von Wahlen der Kolonien muß unbedingt erfüllt werden.“

Im kommenden Herbst wird Herr Derenburg im Reichstag seinen leichten Standpunkt haben. Das Zentrum vergißt ihm seine Tätigkeit bei den Postentwahlen nicht, noch weniger seine feinerzeitige Vorklärung der Abg. Erberger und Koerens und wird nicht ruhen, bis Herr Derenburg den Weg gegangen ist, den der Fiskus Bülow vor ihm gehen mußte.

Dem Verdienste keine Krone. Eine Anzahl Polizeibeamter, die sich bei den letzten Straßen-Demonstrationen ganz besonders hervorgetan haben, sind mit Auszeichnungen bedacht worden. Die höheren Beamten erhielten den Kronenorden 4. Klasse, eine Anzahl unterer Beamten dürfen sich mit dem „Allgemeinen Ehrenzeichen“ schmücken. Diese Auszeichnungen werden dazu beitragen, daß sich der Eifer der Polizei noch erhöht, denn es dürfte auch noch andere Polizeibeamte geben, die sich gern mit einem blitzenden Stern schmücken möchten.

Abgeordneter Zimmermann behält sein Mandat. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, wonach der antisemitische Abgeordnete Zimmermann wegen Krankheit sein Mandat niederlegen würde, hat sich, wie wir richtig vorausgesehen haben, nicht bewahrheitet. Mit der Krankheit des Abgeordneten Zimmermann kann es auch nicht sehr weit her sein, denn bereits am Montag war er wieder im Reichstag erschienen.

Demonstrantenbestrafung. Das Schöffengericht in Frankfurt a. M., verurteilte wegen groben Unfuges den Genossen Hermann Wendel von der „Volksstimme“ zu 6 Wochen Haft. Wendel hatte am 13. Februar während einer Wahlrechtsdemonstration sich auf das Bismarckdenkmal gestellt und den Demonstranten zugerufen: „Hierher alle! Doch das freie Wahlrecht!“ Das Schöffengericht erkannte nach längerer Verhandlung auf die höchste zulässige Haftstrafe. Berufung ist eingelegt.

38 Personen angeklagt. In Essen ist anlässlich der Wahlrechtsdemonstration vom 13. Februar gegen 38 Personen Anklage erhoben worden. Drei Genossen sollen als Verursacher angeklagt werden. 19 Personen sind angeblich den zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassenen Aufforderungen der Polizei nicht gefolgt, 7 sollen sich wegen Verletzung von Polizeibeamten veranwortlichen und 2 Personen wird zur Last gelegt, sich tätlich an Polizeibeamten vergreifen zu haben. Eine Anzahl der Angeklagten sind Leute, die nur zufällig in den Strudel der Demonstration geraten sind.

Am Tage nach der Demonstration hatte unser Essener Blatt eine ganze Reihe von Ueberschriften der Polizeibeamten festgestellt, die Polizei dieserhalb scharf angegriffen und verlangt, die Polizeidirektion möge Klage anstreifen. Das Essener Zeitungsbüro erklärte darauf, einer Klage gegen diese Behauptungen der Arbeiterzeitung könne die Polizeidirektion nicht aus dem Wege gehen. Was man sieht, hat die Polizeidirektion auf andere Weise versucht, sich zu rehabilitieren.

Roland von Berlin.

Roman von Wilhelm von Alexis (A. Götting)

Das Bergschloß liegt dem Jüngling: „Er hätte drüben in Köln auch Löcher finden können. Die lange Brücke wird auch nicht brechen, wenn sie die Müdigkeit der Jungfer nach Köln haben.“

„Nun, nun“, sprach Frau Anna Kohn und hob ihren Kopf um einige Zoll in die Höhe. „Was nicht an Geld, das kommt leicht mit Mühe doch in Köln kein Geld, das hat's nicht an Ehre rechnen sollte, wenn's in eine Kaufmannsfamilie zum alten Berlin gehörte.“

Die Frauen aus Köln verzogen ihre frommen Gesichter zu etwas bösen Fratzen; aber den Kopf hatten noch niemand das Alter ihrer Familie freizig gemacht. Sie schwiegen aber betrübten sich für eine andere Gelegenheit die Antwort, denn eben lag Herr Dietrich Wenzel's Kind, Erbenrecht und alle Ehre der Welt heranziehen und begleitete jede Ehele mit ebenig süßen Worten, worauf die Mütterchen genötigt waren, auch Säusel zu antworten.

Und war die Einigkeit bald wiederhergestellt, denn alle Frauen, so aus Köln als Berlin, darin waren sie einig, daß der Barthelomäus Schumann für seinen Sohn Reichler sich bester hätte wünschen können, als er getan, und eine solche Waise doch und hatte noch mehr. Aber als die halbheilige Gläubigkeit, da der Tag innehielt, wie es ständigen Jungfrauen gemein, nach dachte, wo die Herren waren, vielmehr sich unter die Mütterchen setzte, hätte man denken mögen, es sei einer jeden liebtes Kind. So viel Kräftiges sagten sie ihr, und fragten sie noch allem, wie es im Laufe geht, nach dem lieben Vater, der Reichler Herrschaft, und gar heimlich lächelte Frau Bergschloß, als sie fragte, ob es der Jungfer nicht zu eng werde in dem kleinen Hause?

„Ja, ja, du Schelmchen“, in der Scherzrede müßte sie lieber meinen als bei Saint Nikolai im Himmel, mir hat's die Tage schon gefügt. Und ihr Vater sagt, er will sie dann gar nicht mehr lieb haben und aus Berlin weifen. Aber kommt nur nach Köln zu wackelt ihr wollen dich lieb haben, so lieb wie zu die heiligen drei Könige; besonders den Reichler. Du, ich, wir, die das braune Kind jetzt nicht ist.“

„Und will er, daß der Rat ihm abbittet“, sprach jener, „was den Rat nichts angeht?“

„Nichts angeht!“ fuhr ein dritter auf. „Seit Menschen gedenken ist das nicht gehört.“

„Man wird noch mehr hören“, sagte ein Viertes.

„Nichts angeht!“ fuhr jener eifrig fort. „Wenn das Volk einen Ratmann todschlagen will, geht das den Rat nichts an?“

„Wiß!“ fiel Herr Mathis Mantensfelde ein. „Wohl unter-schieden! Es am ja nicht dazu. Ueberdem bin ich der Meinung, daß in solchen Zeiten Vorsicht not tut. Ein fluger Mann läßt geschehen sein, was geschehen ist. Wer schreit, tut doch gut, wenn er zuweilen ein Auge zudrückt.“

„Ein von Berlin murrte zwischen den Zähnen: „Freilich ist's für Herrn Mantensfelde gut, daß der Rat das Auge zudrückt. Läte er's auf, müßte er den Kölner Ratsherrn verstricken, der auf offenem Markt das Schwert zog und der Stadt Frieden brach.“

„Da führen einige Kölnische auf und wollten, was man einen vor ihnen anging, als Strafung für sie alle aufnehmend über Herr Konrad Ante schüttelte seinen Kopf: „Ich meine, es ist ein Schimpf, so gleich gilt für Kölner als Berliner, wenn der Bürgermeister beider Städte nicht kommen will, wo die Ratleute beider Städte sitzen!“

Herr Thomas Wenzel schüttelte die Achseln: „Er hat mich den lassen, er sei krank.“

„Und morgen im Rat schreit er Euch, daß die Mauer zu schallen“, sprach Herr Erbeub.

„Aber“, sprach Thobede von Allen, der älteste unter den Anwesenden, „es ist unerhört, was heute geschah. Der Stadt Friede ist gebrochen, der Stadt Ehre ist gekränkt.“

„Laß ihn Klagen anbringen!“ rief einer.

„Er sagt ja nicht wider sie, er murret mit uns“, sprach ein Jüngling.

„In alten Zeiten“, fuhr der alte Thobede fort, „hatte kein Ratmann ein Aug' zugetan, noch seinen Kopf auf das Gerüst gelegt, bis denn daß solcher Schimpf gerächt war und gerächt. In einem Ratmann wird der Rat, in einem Vorkommnis die Stadt und das gemeine Wesen gekränkt.“

„Das gemeine Wesen!“ lachte Hans Feitbede. „Doch ihr habt Recht gesprochen, laß ihn die Sünden verklären, wir haben nichts dagegen.“

„Klagt uns etwa der Ratel Stroban an?“ fiel ein anderer beret ein. „Dem ging es an Kopf und Kragen.“

„Was will er von uns?“ sprach einer.

„Lassen wir ihn begleiten, wie die Herrsche ihre Rätelein“, lachte ein anderer. „Nun, wenn er durch die Gassen geht, von Scham über den Kopf hollen, daß kein Dagebin ihn trübt!“

Die vorläufige Antwort. In Ihrem Siegesstimmeln haben die Nationalliberalen in Pzd sogar den Fischen Blom an-leitend. Sie hoffen jedenfalls, das Lob des Fischen Blom einzubringen, statt dessen hat ihnen dieser geliebte Diplomat geantwortet: Das fremdliche Interesse, das Sie mir noch im Privat-schen bewahren, ist mir eine Genugtuung, für die ich dankbar bin. Fischen Blom. Fischen Blom hat seine Antwort so gehalten, daß sie späterhin einmal halb so, halb auch anders gedeutet werden kann.

Aus dem Wahlkreis Torgau-Liebenwerder. Dieser Kreis wird zugleich im Reichstag von dem Nationalliberalen Wilde vertreten, der mit freiständiger Hilfe in der Stichwahl gegen unseren Genossen Fleißner gewählt worden ist. Die Konservativen, die in diesem Kreise vorher das Mandat befallen haben, haben nun bereits angekündigt, daß sie mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse der letzten Zeit für die nächste Reichstagswahl einen eigenen Kandidaten aufstellen werden. Damit ist der Verlust des Mandates für die Nationalliberalen unter allen Umständen sicher. Hoffentlich folgen wir es.

Wahlrechtsproteste. In Guben fand zum ersten Male unter freiem Himmel eine Versammlung statt, die von etwa 5000 Personen besucht war. Die Versammlung nahm scharf Stellung gegen das reaktionäre Treiben des preussischen Abgeordneten- und Herrenhauses.

In Berlin-Schöneberg hatten die Demokraten eine Versammlung veranstaltet, in der auch Genosse Hermann sprach. Sie war von 9000 Personen besucht und verlief gut.

Die Wirkung des Schnapsbrotts im Bezirk Mannheim. Die Mannheimer Handelskammer schreibt in ihrem soeben herausgegebenen Jahresbericht über die „Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsbrotts“:

„Der Konsum (von Branntwein) ist bis auf ein Minimum zurückgegangen. Hieran ist hauptsächlich der Boykott durch die Arbeiter und Hauptkonsumenten schuld, sobald nicht abzusehen ist, wenn eine Beledung wieder eintreten wird.“

Er wirkt — aber noch zu wenig. Deshalb: Trinkt keinen Schnaps!

Das Schicksal der geplanten Schiffahrtsabgaben ist wieder ein recht ungewisses geworden. Als der Reichstag seinen Bescheid über den von dem Reichskriegsamt vorgeschlagenen Schiffahrtsabgaben auf dem Meere und der See unter keinen Umständen einbringen zu lassen, haben die Eisenbahnen und die Reichsregierung eine Reihe Abänderungsanträge gestellt, die erneute Verhandlungen notwendig gemacht haben. Die Konservativen scheinen ihre anfängliche Begeisterung auch verloren zu haben und so besteht immer noch die Möglichkeit, daß das verkehrsförderliche Projekt in den Druß versinkt.

Amliches Ergebnis der Wahl in Oestga. Bei der am 14. April erfolgten Reichstagswahl im Wahlkreis Oestga, jetzt 3. Wahlkreis, sind insgesamt 24069 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten Sozialdemokraten 10829, Landrat Brauner-Margaretha (konf.) 10825, Parteileitende Linde-Rödingsberg (Soz.) 914 Stimmen, gesplittet eine Stimme. Nachan ist somit gewählt.

Ausland

Die französische Beamtenbewegung. Der französische Arbeitsminister Villard empfing am Sonnabend eine Abteilung Sozialbeamten, die er neuerdings versichert, daß alle Beamten, die wegen des letzten Ausstandes ihrer Stellung entlassen wurden, bis zum 1. Juni d. J. wieder eingestellt werden. Der Minister empfing hierauf eine Abteilung der Eisenbahner, denen er versprach, die von den Angestellten gewünschten Lohnaufbesserungen auf den Staatsbahnen zu gewähren und gegebenenfalls auch Schritte bei den Eisenbahngesellschaften zu tun, damit ihnen Genugtuung gewährt würde.

Der Minister ersuchte die Eisenbahner, in ihren Forderungen Mäßigkeit zu zeigen. Bezüglich der Verurteilung von Rouen, erklärte der Minister, könne er keinerlei Versprechen geben. Der Minister brückte beim Abschied sein Vertrauen in die Weisheit der Eisenbahner aus. Der Empfang war herzlich und die Delegierten waren von denselben sehr beeindruckt.

In einer großen Versammlung, welche Abends in der Arbeits-hölle abgehalten wurde, erstatteten die Delegierten Bericht über die Mission. Am Schluß der Versammlung nahmen die Eisenbahner eine Tagesordnung an, worin sie erklärten, daß sie daran festhalten, eine Genugtuung zu erhalten. Wie weiter telegraphisch gemeldet wird, veranlaßten die Eisenbahner in der Nacht abermals lärmende Kundgebungen in den Straßen und auf dem St. Lazare-Bahnhof, wobei es wiederholt zu Zusammenstößen mit Schutzleuten kam, welche die Ruhehüter auseinandertrieben.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteischnur hat am Sonnabend, den 16. April, ihren vierten Kursus beendet. Eine schlichte W. schiedsfeste bereinigte nach Beendigung des Unterrichts die Teilnehmer des Kursus mit dem Lehrrückzug. Genosse Heine-rieh Schulz richtete im Namen der Lehrer einige herzliche Worte des Abschiedes an die Schüler; er sprach die Hoffnung aus, daß der vorzugsweise theoretische Unterricht der Parteischnur sowohl für die Festigung der sozialistischen Grundsätze jedes Einzelnen als auch für seine praktische Betätigung im Massenkampf des Proletariats von gleichem Nutzen sein möge; er gab ferner der Zuversicht Ausdruck, daß das Band persönlicher Freundschaft und Kameradschaft, das die Teilnehmer trotz chwaiger Meinungsverschiedenheiten im einzelnen fest umschlungen habe, auch für die Dauer ihres Lebens und gemeinsamen Kampfes halten werde. Genosse Hermann Müller sprach im Namen des Parteivorstandes. Eine kürzlich stattgehabene gemeinsame Konferenz der Schüler, Lehrer und eines Mitgliedes des Parteivorstandes habe wiederum ergeben, daß wohl einzelne Wünsche auf Milderung und Ausgestaltung des Lehrplanes der Parteischnur geäußert worden seien, daß aber in der Durchführung der Parteischnur volle Einigkeit unter den Teilnehmern herrsche. Diese erfreuliche Erfahrung mache der Parteivorstand nun schon zum vierten Male, er dürfe also annehmen, daß er mit der Schaffung der Parteischnur einem wirklichen Bedürfnis in der Partei entgegengekommen sei. Genosse Emil Girbig nahm im Namen der Schüler das Wort, um den Lehrern und dem Parteivorstande den Dank dafür auszusprechen, daß sie ihnen die sechs Monate ersten und für jeden Beteiligten fruchtbarsten Studiums ermöglicht hätten. Jeder Teilnehmer werde es als seine Pflicht ansehen, das Gelernte als besten Kräfte im Interesse der modernen Arbeiterbewegung zu verwenden.

Der diesmalige Kursus hat noch 2 Wochen über 6 Monate in Anspruch genommen. Diese Verlängerung war bedingungslos notwendig geworden, daß ein neues Unterrichtsprogramm (Geschichte des Sozialismus erst im zweiten Vierteljahr begonnen werden konnte. Im übrigen hat sich der Unterricht in den bisherigen Bahnen bewegt. Der nationalökonomische Unterricht lag in den Händen der Genossen Rosa Luxemburg, über Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung und über die materialistische Geschichtsauffassung trug Genosse Heinrich Cunow vor, in die juristischen Fächer (Arbeiterrecht, Strafrecht, Bürgerliches Recht) traten sich die Genossen Arthur Stadthagen, Hugo Seinemann und Kurt Rosenfeld, über Deutsche Geschichte lehrte insbesondere Genosse Franz Wehring; Genosse Emanuel Baum trug über Naturerkenntnis und Sozialpolitik vor, die technischen Fächer (mündlicher und schriftlicher Bestandesausschuss, Zeitungskenntnis) lagen in den Händen der Genossen Heinrich Schulz, der zuletzt als Obmann des Lehrerskollegiums tätig war.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Jauer-Landeschnur-Vollstheim.

Am 1. Juni wird gewählt!

Amlich wird gemeldet: Die Reichstagswahl im Wahlkreis Jauer-Vollstheim-Landeschnur für den verstorbenen Dr. Herms ist nach einer Sonderausgabe der Königlich Preussischen Regierung in Posen am Mittwoch, den 1. Juni, festgesetzt. Zum Wahlkommissar ist Landrat v. Geyse in Jauer ernannt worden.

Sechs Wochen also nur stehen den Genossen zur Agitation zur Verfügung. Sechs Sonntage nur können zur Flugblattverbreitung ausgenutzt werden. Wer wollte zurücksehen, wenn es heißt, diese geringe Zeit in den Dienst der Partei und dieses wichtigen Wahlkreises zu stellen?

Genossen des Wahlkreises! Nützt die Zeit, sie ist kurz und die Gesamtpartei erwartet von uns eine ehrenvolle Schlacht.

Die Aufstellung der konservativen Kandidatur verzögert sich immer noch, weil Verhandlungen mit den Zentrumsleuten wegen einer Kompromißkandidatur schweben. Die Freiständigen drängen in die Nationalliberalen, von einer eigenen Kandidatur abzusehen.

Die „unpolitischen“ Kriegervereine.

Ein jegliches Tier hält sich zu feinespielen und jeglicher Mensch zu dem, der ihm am nächsten ist. In dieses Wort im Strach, Kapitel 18, Vers 19 hat wahrscheinlich der Vorstand des Landwehr-Kameraden-Vereins Saara dem gedacht, als er hörte, daß bei der Gemeinderatswahl Kameraden dem Genossen Wittmer die Stimme gegeben haben. Acht Kameraden erklärten folgenden, vom Vorstand unterzeichneten Brief:

Herrn N. N. zu N.

Wir uns mitgeteilt worden ist, haben Sie bei der letzten Wahl eines Gemeinderatsmitgliedes in Conradswaldau Ihre Stimme dem Anhänger der sozialdemokratischen Partei, Herrn Wittmer, gegeben und damit die Versprechungen dieser Partei unterstellt. Sie haben sich dadurch in direkten Widerspruch mit den Willen eines Mitgliedes des Landwehr-Kameraden-Vereins gesetzt und sind in der gefestigten Kameraden-Vereinbarung durch einstimmigen Beschluß in unserer Mitgliederliste gestrichen worden.

Der Vorstand

des Landwehr-Kameraden-Vereins.
E. Faber, D. Wollante, G. Kiesel,
Vorsitzender, 2. Vorsitzender, Schriftführer.

Dieser Brief spricht Klare Worte für die Behauptung, die Kriegervereine treiben keine Politik. Hoffentlich werden nun die Arbeiter bald einsehen, daß ihr Platz nicht in einem solchen Vereine, sondern in den freien Organisationen ist, wo eine solche Knechtung ausgeschlossen ist.

Nowicki triumphiert.

In der an Zwischenspielen und grotesken Situationen so überreichen politischen Komödie, die gegenwärtig in Posen spielt und Reichstagswahl heißt, hat ein neuer Akt eingeleitet, der das ganze mehr zu einer Fosse werden läßt. Das polnische Provinzialwahlkomitee hat den Stichwahlkandidaten Nowicki „legalisiert“, das heißt, es hat den Hofpolen aufgefordert, den Sezessionskandidaten, den Arbeiter und Demokraten zu wählen, denselben Mann, den die Sozialpartei vor der Hauptwahl gar nicht schlecht genug machen konnte. Doch das wäre das Schlimmste noch nicht. Was diesem Akte der Komödie seinen Reiz verleiht, ist die Bedingung, unter der die Wahl Nowickis proklamiert wird. Der Beschluß des Wahlkomitees, den wir seiner Autorsität halber unseren Lesern mitteilen müssen, lautet wörtlich:

Bei der Stichwahl am 21. d. M. sind die polnischen Wähler verpflichtet, ihre Stimme für Herrn Stanislaus Nowicki aus Posen abzugeben. Herr Nowicki ist jedoch nicht unser legaler Kandidat und daher verpflichtet, im Falle seiner Wahl unverzüglich sein Mandat niederzulegen oder sich dem Beschluß einer neuen Versammlung des Provinzialwahlkomitees zu unterwerfen.

Vor der Hauptwahl hat bekanntlich der unentwegte Demokrat Nowicki seine Anhänger aufgefordert, von seiner Wahl Abstand zu nehmen und den Kandidaten des Wahlkomitees zu wählen, da er ein Mandat aus den Händen der Sezession nicht annehmen werde. Jetzt vollzieht sich derselbe Vorgang, nur umgekehrt: Das Provinzialwahlkomitee fordert auf, den Sezessionskandidaten zu wählen. Das ganze mütet an wie ein Stück aus dem Tollhause! Ein Stichwahlkandidat muß die Verpflichtung eingehen, im Falle seiner Wahl sein Mandat sofort niederzulegen; nur unter dieser Bedingung wird er gewählt. Die höchste polnische Wahlbehörde wollte mit diesem Beschlusse anscheinend die Blamage vermeiden, die sie sich mit der Niederlage ihres „offiziellen Kandidaten“ geholt hat; sie scheint aber gar nicht zu ahnen, daß sie zu der ersten Blamage nicht nur eine zweite gefügt, sondern sich vielmehr einfach unsterblich blamiert und unseren Wählerblättern einen unbezahbaren Stoff geliefert hat.

Erfüllt nun der Genosse seine Pflicht und legt sein Mandat nieder, was dann? Nun, dann kann der ganze Herzensabbat unter den Polen von neuem beginnen. Freilich wird Nowicki das nicht tun, seine Leute werden ihm das nicht erlauben. Aber, was wird dann die oberste Wahlbehörde beschließen? Das hat der „Dziennik“ schon angedeutet, indem er schrieb, daß Nowicki nicht in die Fraktion aufgenommen werden, sondern „als Wilder wild herumlaufen“ müssen. Damit sollen dann die Demokraten gestraft werden, daß ihr Abgeordneter gezwungen ist, „wild“ herumzulaufen.

Für unsere Genossen besteht kein Anlaß, sich bei der Stichwahl irgendwie zugunsten Nowickis zu bemühen. Die sogenannten Demokraten haben sich in der Agitation an niederrichtigsten gegen unsere Genossen benommen, und Nowicki selbst hat die Sozialdemokratie als den größten Feind der Polen erklärt. Wir können ruhig Gewehr bei Fuß stehen und die beiden Mandatsbewerber sich selbst überlassen.

Goldberg, 19. April. Zur Bauarbeiter-Aus-sprechung. In einer überfüllten Versammlung nahm gestern Nachmittag im „Neuen Hause“ die Bauarbeiter-Aus-sprechung zur Aus-sprechung. Gewerkschaft Genosse Ruyte-Schütz referierte über den Nierenkampf im Dampferbau und die Beschlässe der Arbeiter-tage. Er ersuchte die Anwesenden, weiter eilig zu einander zu stehen, denn nur dadurch kann der vom Unternehmer in geradezu verbrecherischer Weise heraufbeschworene Kampf siegreich enden. In der Diskussion wurde von einigen Rednern erklärt, daß der Rentant der Krankenkasse der Mutter und Zimmerer die ausgesprochenen Arbeiter, die bei denselben ihre weitere Zugehörigkeit zur Kasse als freiwillige Mitglieder anerkennen, zurückweise. Es wurden einige Genossen beauftragt, für Abhilfe zu sorgen, wenn nötig, sollen dieselben sofort persönlich beim Magistrat, eventuell auch beim Regierungspräsidenten Beschwerde erheben. Nach der heute stattgehabenen Abklärung sind 125 organisierte und etwa 2-4 unorganisierte Arbeiter ausgesprochen worden, wovon 20 bereits andere Arbeit gefunden haben. Von dem Beschäftigtenverbande sind nur vier Mann betroffen, während ein großer Teil Unorganisierte ausgesprochen wurden.

Legnitz, 18. April. Die Dimetta „berüßt“ w i t d. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich wegen Vergehens gegen das Nahrungs- und Genussmittel-Gesetz der 26 Jahre alte Kaufmann und Drogerist Karl Stanislawski aus Naumburg a. O. zu verantworten. Der Angeklagte, der neben einem Kolonialwarengeschäft noch eine Drogerie besitzt, stellte auch Dimetta her. Der Angeklagte hat aber, wie vor dem Gericht festgestellt wurde, bei der Herstellung von Dimetta solchen Zucker verwendet, der als Abraum an die Grund-schäfte nicht verkauft werden konnte und besonders aufbewahrt wurde. Wenn beim Sezessionsleuten von Nowicki etwas daneben ist, das dann mit anderem Urin aufgewaschen wurde, dann...

geliebt wurde, soll sich auch aufgedeckt und bestraft werden. Wegen dem unter dem Namen Dimetta hergestellten Urin hat der Angeklagte eine Strafkammer beantragt, die den Angeklagten vom Verbleiben des Urins aus dem Hause auszuschließen, ist aber auch mit gelocht worden. Etwas Einwendungen tat der Angeklagte damit ab: „Nur Dimetta ist es gut genug“ oder „Das schadet nichts, das bleibt ja doch im Filter zurück.“ Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn selber nur zu 100 Mark Geldstrafe.

Posen, 19. April. Ein Soldatenführer vom meinsten Sorte innerbürtige Soldatenmishandlungen hatte sich der Unteroffizier Karl Stawil von der 6. Kompagnie Infanterie-Regiments 37 in Protoschin zu-schreiben lassen. Er ist deshalb vom Kriegsgericht der 10. Division am 21. März d. J. zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Verurteilte nach die Eltern, wegen aus „hohen“ Strafmaßes Berufung einzulegen. Mit dieser hatte sich am Freitag das Posener Oberkriegsgericht des 5. Armeekorps zu befassen. Am 11. Januar 1910 war der Angeklagte, der am 1. November 1909 zum Unteroffizier befördert worden war, Abends zwischen 6 und 7 Uhr mit der Beaufsichtigung beim Gewehrreihen beauftragt. Diese Gelegenheit benutzte er, um die Rekruten zu instruieren, da in Kürze eine Rekrutenbeschäftigung angefragt war. Hierbei fragte er den Mustetter Jüngling nach dem Namen des kommandierenden Generals. Jüngling vermochte ihn nicht zu nennen. Der Angeklagte ließ darauf Jüngling an dem glühenden Ofen etwa zehn Minuten lang einen Schmel sprechen, bis er dies nicht mehr vermochte. Dann mußte er den ihm vorgelegten Namen in den kochenden Ofen mit dem Fuß hineintrufen. Das werde ich nimmermehr vergessen. Auch der Mustetter Holm vermochte den Namen des Generals nicht zu nennen. Der Angeklagte ließ deshalb Holm unter das Bett kriechen und unter diesem singen: „Aus tiefer Not schrei ich zu Dir!“ Gleichzeitig sollte der Mustetter Jüngling auf ein Spindel treten und von diesem herab singen: „Wo im Himmel hoch, da komm ich her!“ Jüngling führte den ihm erteilten Befehl aus, Holm erklärte aber, nicht singen zu können. An seiner Stelle mußte der Mustetter Dietrichkeit, der sich mit Kameraden unterhalten hatte, unter das Bett kriechen und die Worte singen. Holm mußte an dem glühenden Ofen eine Dauer-gewehrübung machen. Dabei wurde er am ganzen Gesicht und an den Armen feuerrot und sang am ganzen Leibe an zu zittern. Schließlich sang Holm Schätze zu brennen an. Der Angeklagte, hierauf aufmerksam gemacht, rief dem Rekruten zu: „Du bleibst so lange stehen, bis Du am ganzen Leibe ver-brunnt.“ Der Mustetter Dubrow, der nicht in der Lage war, den Namen des Divisionalsgenerals zu nennen, mußte an dem glühenden Ofen so lange Schmel sprechen, bis auch er nicht mehr konnte. Deshalb mußte er in den glühenden Ofen hineintrufen: „Hilf, heiliger Petrus, es ist keine Rettung mehr!“ Als diese Mishandlungen dem Kompagniechef zur Anzeige gebracht wurden, bezichtigte der Angeklagte die gepeinigten Soldaten der wesentlich falschen Anschuldigung.

Wegen all dieser Schandthaten erhielt der Angeklagte von seinem Kompagniechef nur 5 Tage Mittelarrest. Als dies dem Bataillonkommandeur zu Ohren kam, hob dieser die zum Teil schon verbüßte Strafe wieder auf und übergab die Angelegenheit dem Kriegsgericht, das ihn zu 3 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilte. Die gegen das „hohe“ Urteil eingelegte Revision wurde vom Oberkriegsgericht verworfen. Der Verteidiger des Angeklagten gab sich die größte Mühe, damit die Degradation aufgehoben werden solle. Offenbar wollte er diese „Wille“ der Nation der Armee nicht zeigen wissen. Das Gericht konnte sich trotzdem nicht von den hervorragenden Eigenschaften des Soldatenführers überzeugen und verworf die Berufung des Stellvertreters Gottes auf Erden, weil er eine große Robheit, eine gemeine Gefährdung an den Tag gelegt habe und sein Verhalten eine Verhöhnung der Religion bedeute.

Dieser Soldatenführer ist noch glückselig davongekommen. Was hätte wohl einer von den gepeinigten Soldaten bekommen, wenn er sich seinem Peiniger widerlegt hätte?

Posen, 18. April. Mord und Selbstmord. Sonntag Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr wurde der 20 Jahre alte Desinfektions-lehrling Welfert, der bei seiner Mutter Große Reulnstraße 69 wohnte, im Treppenhof durch einen Schuß in den Rücken die 17 1/2 Jahre alte Näherin Antonie Krayzantia, mit der er ein Liebes-verhältnis unterhalten hatte, und schließlich nach der Tat auf den Boden, wo er sich durch zwei Schüsse in die Brust Wirt. Beide Leichen wurden in das städtische Krankenhaus gebracht.

Briefkasten.

Reichenbach. 1. Sie brauchen nur einen Paß, den Sie von der Polizei bekommen. 2. Der Vater hat für das Kind die Alimente zu zahlen; er hat nicht das Recht, es nach einer Reihe von Jahren in seine Erziehung zu nehmen. 3. Nein. 4. Ja. 5. Der Arbeitnehmer muß Ihnen den verdienten Lohn auszahlen, kann Sie aber wegen Vertragsbruchs verklagen.

A. S. 50, Raichwitz. Ersuchen Sie zuerst, daß der Amts-Vorsteher in der Sache vermittelt. Nützt das nichts, so müssen Sie die „Herrschafft“ beim Amtsgericht auf Zahlung des Lohnes verklagen.

St., Augustastrasse. Für 12,50 Mark war das Bild ohne Glas; der Preis von 19 Mark mit Glas ist also nicht zu hoch.

F. 2. 100. 1. Wegen der Wiederannahme des Fahrscheins müssen Sie sich an einen Rechtsanwaltschaft wenden. 2. Der Abzug ist zulässig; es ist dagegen nichts zu machen.

W., Marienstraße. Das Mädchen hat die Kosten der Entbindung und die des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu verlangen. Werden durch die Schwangerschaft oder die Entbindung weitere Anwendungen notwendig, so sind auch die dadurch entstehenden Kosten zu verlangen.

Z., Sösigge. Alimente für uneheliche Kinder können von den Eltern nicht abgefordert werden.

D., Eisenstraße. Da das Mädchen geschäftig hat, muß es sich das Weibnachtsgeheim auf den Lohn anrechnen lassen.

Diffident. Der Austritt aus der Landesliste ist ja garnicht vor Gericht erklärt worden; die Kosten von 5 Mark dürfen deshalb nicht erhoben werden. Beschweren Sie sich.

OOO in O. Wenn das richtig ist, was der Entschuldigter angegeben hat, so ist nicht er, sondern der Dienstherr für den Schaden verantwortlich, den der Hund angerichtet hat. Der 383 Abzug 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches sagt nämlich: Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Besizer, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehrs erforderliche Sorgfalt beachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Reichenbach. Eingegangen. Sobald was die Darmbetriebe-Anscheidung eingekommen Platz übrig läßt, wird der Artikel gedruckt. O. 2. Wenn der Fleischer Ermer in der Kleinen Scheinigerstraße die Presse immer noch nicht herabsetzt, muß Ihre Frau eben zu einem anderen gehen.

Waldenburg. Brief mit Zulage unterwegs seit Montag Mittag. Ist er nicht angekommen? Wann und wo ist die Ver-jamung?

Zum Kampf im Baugewerbe.

In den nächsten Tagen werden wir eine Uebersicht über die Aussperrungen und bestimmte Zahlen über die von der Aussperrung betroffenen Bauarbeiter geben können. Noch magt alles durcheinander und die Angaben der einzelnen Korrespondenten sind widersprechend. Absolut zuverlässige Angaben können begreiflicherweise nur die Organisationen machen. Die Meldungen der bürgerlichen Zeitungen über den Umfang der Aussperrungen sind aber vielfach übertrieben. Sicher ist es, daß immer noch große Zahlen der von der Aussperrung Betroffenen aufmarschieren werden, was bei der im Hauberufe ungeheuer großen Zahl Beschäftigter nicht Wunder nehmen kann.

Soviel steht jedoch jetzt schon fest, daß die Aussperrung lange nicht den Umfang angenommen hat, den die Scharfmacher unter den Bauunternehmern wünschten.

Aus dem Süden des Reiches wehte ein besonders scharfer Wind. Von dort wurde die Aussperrung am stärksten propagiert. Da ist es denn riesig interessant zu wissen, daß der Vorsitzende des Württembergischen Arbeitgeberbundes, Herr Gustav Busch, nicht ausgesperrt hat. So zeigt sich schon recht deutlich, daß doch recht viele verständige Unternehmer den Scharfmachern nicht unbedingt Heeresfolge leisten. In den nachfolgenden Ortsberichten tritt das vielfach hervor. So wird aus

Duisburg berichtet, daß nach Angabe bürgerlicher Blätter 1500 Bauarbeiter ausgesperrt sein sollen. In Duisburg arbeiten aber noch keine 1500 Bauarbeiter.

Die bürgerliche Presse verbreitet eine Wolffsche Depesche, wonach in Chemnitz, 3500 Bauarbeiter ausgesperrt seien. Das ist falsch; in Wirklichkeit sind nur 1638 ausgesperrt.

Augsburg. Am Freitag wurden 1000 Bauarbeiter ausgesperrt, die Nichtorganisierten dürfen weiterarbeiten. Eine von der Stadtbehörde noch in letzter Stunde versuchte Vermittlung zwischen beiden Teilen scheiterte an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber. Im Bezirk Schwaben wurde noch ausgesperrt in Memmingen, Memmingen, Nördlingen und Lindenberg. Für diese Orte kommen insgesamt 1100 Bauarbeiter in Frage.

Im Bezirk Württemberg, wo bei 119 Bauunternehmern (darunter 52 im Bunde) 1276 Maurer und 816 Hilfsarbeiter beschäftigt waren, haben 46 Unternehmer (darunter 35 von den Bündlern) ausgesperrt. Von der Aussperrung sind betroffen 646 Maurer und 274 Hilfsarbeiter.

Die Aussperrung im Gau Berlin ergibt bis Montag Abend folgendes Bild: Der Gau umfaßt die Provinz Brandenburg, einen Teil der Provinz Posen, einen Teil der Provinz Sachsen und einen Teil des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz. Der Verband der Maurer hat in diesem Gebiet 175 Zweigvereine mit 24.000 Mitgliedern. Bis jetzt sind in 33 Zweigvereinsbezirken die Bauarbeiter ausgesperrt. In diesen Zweigvereinen hat der Maurerverband nur 4800 Mitglieder. Von denselben sind circa 1/4 an der Aussperrung beteiligt. Bekanntlich haben die Arbeitgeberorganisationen von Groß-Berlin und der nächsten Umgebung sich nicht an der Aussperrung beteiligt, auch in dem übrigen Teil des Gaus ist eine Aussperrung bisher nicht erfolgt.

Das Kohlen Syndikat teilt der „Rhein.-Westf. Ztg.“ mit, daß die Meldung, es habe 500.000 Mk. den Arbeitern im Baugewerbe zur Verfügung gestellt, jeder Begründung entbehre. Wie dem genannten Blatt außerdem zu der angeblichen Fünfmillionenspende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, von der auch wir nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ Notiz nahmen, von einem Zentralverband sehr nahestehenden Seite mitgeteilt wird, entbehrt auch diese Meldung jeglicher Unterlagen. Es sei nichts davon bekannt, daß der Zentralverband irgend eine Unterstützung zugunsten der Unternehmer des Baugewerbes beabsichtigt, weder in der genannten außerordentlichen Höhe, noch auch in kleinerem Umfang, ebensowenig sei sonst in maßgebenden Kreisen zurzeit von Maßnahmen ähnlicher Art etwas bekannt. Ob die Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-

verbände der Frage einer Unterstützung näher treten werde, siehe noch nicht fest. Zurzeit habe sie jedenfalls noch keine Beschlüsse gefaßt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. April.

Geschichtskalender.

20. April.

- 560 Mohammed *
- 1812 Der Dichter Friedrich von Schiller in Meisse *
- 1832 Der Mediziner Ernst von Leyden in Danzig *

Die Bauherren bei neuen Lügen erkappt.

Bereits gestern erwähnten wir den Herzergoß verlegener Arbeitgeber, mit welchem sie in der „Schief. Ztg.“ sich eine „gute Presse“ zu verschaffen versuchten. Da dieses Glabotat inzwischen auch in anderen Blättern erschienen ist, verlohnt es sich, einmal darauf einzugehen. Die Arbeitgeber schreiben u. a.:

„Wer einigermaßen über die Entstehung und Entwicklung der Arbeitgeberverbände unterrichtet ist, weiß, daß sie nicht Kampf-, sondern Schlichtungsvereinigungen sind. Ein Bedürfnis des Schlichtens der Arbeitgeber war von dem Zeitabschnitt vorhanden, als sie durch die mächtige Exaltation der Arbeiterorganisationen tatsächlich der schwächere Teil geworden waren. Es ist deshalb verkehrt, sich in der Annahme, daß die wohlorganisierten über große Geldmittel verfügbaren Arbeiter der schwächere Teil in dem beginnenden wirtschaftlichen Kampfe seien, von vornherein ohne Prüfung auf Seite der Arbeiter zu stellen.“

Wenn in den im Jahre 1908 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifverträgen ein gemeinsamer Ablauftermin, der 31. März 1910 vereinbart worden ist, so ist das eben eine in einwandfreier Weise zustande gekommene Vereinbarung, aber keine einseitige Maßnahme der Arbeitgeber lediglich zu dem Zweck, beim Ablauf des Krieges in ganz Deutschland zu entfesseln.“

Diese Darstellung ist nichts anderes als eine Spekulation auf die Gedächtnisschwäche der großen Masse des den Dingen ferner stehenden Lesepublikums. Es kann gar kein Zweifel sein, daß in der Tat die jetzige Aussperrung der Bauarbeiter vom Unternehmertum seit Jahren als eine „Kraftprobe“ vorbereitet worden ist. Freilich hatte man ursprünglich einen heimtückischen Ueberfall auf die Arbeiter für den 1. April 1910 geplant. Erst als der bekannte „günstige Wind“ im Dezember 1907 der Arbeiterpresse die Schmachtpläne der Unternehmer zuwehte, wurden die Scharfmacher aus dem Busch gejagt, in dem sie versteckt lagen.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Frankfurt a. M. beantragte schon im Frühjahr 1905 (!) aus Anlaß seiner Kämpfe mit den Arbeitern, alle dem Deutschen Arbeitgeberverbände angehörenden Verbände durch ein vertrauliches Rundschreiben zu empfehlen, die zu vereinbarenden Tarifverträge sämtlich bis zum 31. März 1908 abzuschließen.

Den Verbänden wurde darauf am 5. Juni in einem vertraulichen Schreiben unter gleichzeitiger Uebersendung eines die Sache betreffenden Fragebogens empfohlen, dem Anträge gemäß zu verfahren. Das Ergebnis der Umfrage wurde im August 1906 bekannt gegeben.

Auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes in München am 15. März 1906 brachte Herr Lüscher-Frankfurt a. M. die Sache erneut zur Sprache, ohne daß dessen ein Beschlusse gefaßt wurde. Im Sommer 1906 regte der Mitteldeutsche Verband die Verfolgung der Angelegenheit noch einmal an, und da gerade in diesem Jahre zahlreiche Arbeitgeberverbände für den Bund neu

gegründet waren, wurde allen Verbänden im Oktober 1906 nochmals empfohlen, die Verträge möglichst bis Ende 1908 abzuschließen und dem Bundesvorstand darüber zu berichten.

Das Ergebnis der letzten Umfrage wurde Mitte Dezember 1906 allen Verbänden bekannt gegeben, und es erwies sich, daß bis dahin circa 80 Verbände ihre Verträge bis zum 31. März 1908 abgeschlossen hatten.

In der Sitzung, die der Bundesvorstand am 17. Januar 1907 in Berlin abhielt, ist die Frage dann eingehender behandelt worden. Nach längerer lebhafter Debatte einigte man sich auf eine Reihe von Anträgen für die am 19. Februar 1907 in Köln stattfindende Generalversammlung. In dieser Versammlung, die unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit lagte, wurden die Anträge des Vorstandes genehmigt und zum Beschluß erhoben.

Die Beschlüsse lauten:

1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarif-Verträge sind bis zum 31. März 1910 (!) oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen;
2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarif-Verträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden;
3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenen Streik und nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen;
4. Der 1. Mai darf in keinem Vertrage als Feiertag zugestanden werden.

Diese Beschlüsse wurden den Verbänden unter dem 22. März 1907 zur unbedingten Nachsicht mitgeteilt.

Inzwischen ist ja der Aktionsplan der Scharfmacher im Baugewerbe noch erweitert worden. In der Zeit der Krise fand man in höchstem Maße Geschmack an der menschenswürdevollen Arbeit; man richtete Arbeitsnachweise nach dem Muster des Rühnemänner-Verbandes ein; man versuchte, die Agitation für die Arbeiterorganisationen von den Bauplätzen zu verbannen. Und alle diese „Errungenschaften“ wollte man ebenfalls durch ein neues Vertragsmuster stabilisieren. Wir haben dieses Muster von Vertrag schon gewürdigt. Auf was es uns heute ankommt, ist, zu beweisen, daß es die Unternehmer im Baugewerbe waren, die für den 15. April 1910 eine „Kraftprobe“ seit Jahren vorbereitet haben! Dabei ist nicht einmal der Ausdruck „Kraftprobe“ für das Geplante unsere Erfindung oder die der Arbeiter; in dem Scheinprotokoll über diese Dinge wird er von den Scharfmachern selbst angewendet!

Das Endziel der ganzen Aktion ist, sagt das Protokoll mit dünnen Worten, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigung erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeren Umfanges angebrocht und durchgeführt werden soll. „Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes.“

Diesem dokumentarischen Nachweis gegenüber ist jede Ableugnung dessen, daß die Unternehmer - die jetzt inszenierte Aussperrung, die „Kraftprobe“, seit Jahren vorbereitet haben, Leeres Gerede. Das Obium, diesen gewaltigen Wirtschaftskampf gewollt und hervorgerufen zu

Aus aller Welt.

Die Unglücksfahrt des Ballons „Delich“. Die Leichen der vier verunglückten Luftschiffer sind zur Beerdigung freigegeben worden. Nach Mitteilungen der drei aus Bitterfeld eingetroffenen Herren werden sie nach der Heimat überführt werden. Der Monteur der Bitterfelder Ballonmotorenfabrik Leuchter wird nach Bitterfeld, der verunglückte Führer des Ballons, Kaufmann Karl Lutz, nach Gotha überführt, um dort eingäschert zu werden, und die beiden Kaufleute aus Leipzig, Traupner und Höder, kommen nach Leipzig. Im Laufe des Tages werden die drei Herren vom Bitterfelder Luftschifferverein die ungefähr zweitausend Meter von der Unfallstelle abgetriebene größere Hälfte der Ballonhülle, die am Abhang des Trimbberg im Walde gefunden wurde, genau untersuchen, um an den Rissen und Einschnitten festzustellen, ob sich die Annahme, daß ein kalter Blitzschlag in den Ballon gefahren ist, bestätigt. Wie die Bauern aus Reichenbach, die den größeren Teil der Ballonhülle im Walde gefunden haben, erzählen, sollen sich zahlreiche Brandflecke und Brandstellen an diesem Teil der Ballonhülle befinden. Diese Beobachtung könnte mit der Angabe stimmen, die mehrere Eisenbahnbeamte aus Niederhonne, einer Station hinter Reichenbach, und aus Eschwege machten. Sie haben nachträglich mitgeteilt, daß sie etwa sechs bis zehn Minuten vor 1 Uhr plötzlich am südwestlichsten Horizont, gerade über dem Trimbberg in Reichenbach, einen kolossalen, schnell verlöschenden, intensiven Feuerstern wahrgenommen haben, den sie für einen starken Blitzstreich hielten.

Bei den gegen Mittag vorgenommenen Aufräumarbeiten im Garten des Landwirts Stüb, in dem die Gondel mit den vier verunglückten Luftschiffern niedergefallen war, fand man unter Reben und Laubwerk den ziemlich stark beschädigten Registrierapparat des Ballons unten in der Gondel. Dieser Registrierapparat zeigte an, daß der letzte Stand des Ballons sich in 2600 Meter Höhe befand. Aus diesem Umstand lassen die Sachverständigen zu der Annahme, daß die Katastrophe wahrscheinlich nicht durch Blitzschlag, sondern durch

Plagen des Ballons infolge zu starker Luftströmung entstanden ist. Die geographischen Verhältnisse lassen diese Annahme durchaus zu, weil in dem Talloßel in Reichenbach, über dem sich der Ballon befand, ein außerordentlich heftiger, orkanartiger Gewittersturm tobte, der zweifellos den Ballon erfaßte und plötzlich in mehrere Tiefen brühte. Es scheint, daß die Luftschiffer durch Auswerfen von Ballast versuchten, den Ballon wieder in die Höhe zu bringen, um sich über den Gewitterwolken zu halten. Dabei wurde über der Ballon durch den starken Luftdruck von oben betrat gepreßt, daß die Ballonhülle platzte. Ein abschließendes Urteil ist heute noch nicht möglich, da der Ventildedel noch nicht gefunden werden konnte. Es soll heute Nachmittag die ganze Gölle nochmals genau untersucht werden.

Ueber die furchtbare Verklümmelung der vier Luftschiffer gibt noch folgende Schilderung ein graufiges Bild.

In ein tiefes Loch am Stamm des Baumes war die zerquetschte Gondel des Ballons eingegraben, in der zwei entsetzlich verklümmelte Leichen lagen. Nicht neben der Gondel befanden sich zwei andere Leichen, die bis zur Unkenntlichkeit entseht waren. Ihre Köpfe waren durch die Gewalt des furchtbaren Aufpralles bis über die Augen in den Erdboden eingewühlt. Die Verklümmelungen, die die Leichen zeigten, lassen sich kaum in Worte kleiden. Einer der Luftschiffer hatte sich bei dem Absturz anscheinend so krampfhaft an die Leere angehalten, daß ihm bei dem Aufschlagen der Gondel beide Daumen aus den Gelenken gerissen wurden. Die beiden Leichen, die neben der Gondel lagen, zeigten mehrere Schädelbrüche und ihre Gesichter waren so entstellt, daß sie nicht menschliches mehr an sich hatten. Die beiden anderen Toten hatten neben schweren äußeren Verletzungen Darmzerreißungen, Nieren- und Leberquetschungen erlitten und die Gedärme drangen an mehreren Stellen aus dem Körper hervor. Selbst die inzwischen eingetroffenen Ärzte und einige Krankenschwestern erklärten, daß sie noch nie so entsetzlich verklümmelte Leichen gesehen hätten. Alle vier Leichen zeigten kaum zählbare Bein-, Arm-, Hals- und Rippenbrüche. Eine der Schwerveren verfiel bei dem Anblick der Schreckensszenen, aus denen sie sich erst nach langen Bemühungen

Dr. Delbrück's Leiche in der Döfse versenkt. Montag Vormittag fand in feierlicher Weise die Versenkung der Leiche Dr. Delbrück's an der Stelle in der Döfse statt, wo sich die Katastrophe des Ballons „Pommern“ zugetragen hatte. Dr. Delbrück hatte den Wunsch geäußert, an der Stelle, wo er einmal verunglücken sollte, auch begraben zu werden. Die Leiche wurde in einem Kinstarg um 9 Uhr nach dem Schifferhofen überführt, wo der Dampfer „Wolke“ bereit lag. Um 9 1/2 Uhr ging der Dampfer, die Flagge halbmast gehißt, in See. An Bord befanden sich die Gemahlin und die Tochter des Verunglückten, mehrere Verwandte und eine Deputation des Stettiner Vereins für Luftschiffahrt. Nachdem sich der Dampfer in südlicher Fahrt etwa eine Seemeile vom Land entfernt hatte, sprachen die Angehörigen des Toten und die Mannschaften ein stilles Gebet, dann wurde der Sarg, der auf einer Brettunterlage stand, durch die Deffnung in der Hecking zu Wasser gelassen. Das Beistand wurde hochgehoben; so daß der Sarg langsam auf geneigter Ebene in die See glitt und sich in den Fluten versank. Nach dieser seltsamen Beisetzungsfeier kehrte der Dampfer an Land zurück.

Von der Militärjustiz. Wegen mehrfacher Kontrollverletzungen und Nichterfüllung zu einer Lebnung erhielt der Landarbeiter Albert Hornmann vom Magdeburger Bezirkskommando eine Verurteilung zum 5. März. Hornmann stellte sich aber erst am 7. März ein. Nach Feststellung seiner Personalien wurde er dem diensttuenden Bezirksoffizier vorgeführt, der ihn zu einer sofortigen Verbüßung der Strafe von 12 Tagen Arrest und 3 Tagen Haft verurteilte. Bei seiner Abführung in das Garnisongefängnis veruchte Hornmann seinem Transporteur zu entfliehen, wurde aber wieder ergriffen. Darauf leistete er heftigen Widerstand, trat und schlug um sich, so daß er erst mit Hilfe zweier Soldaten und eines Zivilisten wieder nach dem Bezirkskommando zurückgeführt wurde. In einer Drohsache nach dem Gerichtsgefängnis gebracht werden konnte. Auf dem Transport hat Hornmann den Zivilisten durch Schimpfreden beleidigt, den Unteroffizier Frankle durch einen Fußtritt vor den Unterleib verletzt und wiederholten Befehlen, ruhig mitzugehen, nicht Folge geleistet. Hornmann hatte sich nun am Sonnabend vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg wegen Widerstandes und Verhöhnung zu verantworten. Während einige Zeugen ausfragten, der Angeklagte habe sich nach Alkohol gerochen, behauptet ein Wachehelfer vom Bezirkskommando, er hätte den Gindrudt gehabt, daß er es nicht mit einem angeknuschten, sondern mit einem schweißigen Raucher zu tun habe. Der Angeklagte konnte sich der Vorgänge nicht mehr erinnern. Der Vertreter der Anklage beantragte eine Strafe von fünf Jahren und zwei Monaten Gefängnis. Das Gericht behielt nach längerer Debatte die Verbüßung zu verhängen, um Beweis darüber zu erheben, ob eine weitere Verurteilung der Verhöhnung des Bezirkskommandos den Angeklagten zur sofortigen

haben, können die Unternehmer des Baugewerbes nicht von sich abwenden. Wie es mit seiner Durchführung steht, das steht freilich auf einem anderen Blatt. Ob die Einigkeit der Unternehmer eine so große ist, wie es für ihre Röhre notwendig wäre, muß sich zeigen. Einstweilen herrschen die Zahlen aus Breslau das Gegenteil. Die Einigkeit der Arbeiter war nie größer!

Die erste Heerschau der Budgetsperrten

glug Montag Abend in vier Sälen der Stadt vor sich. Es galt, einen Überblick über die Situation zu geben und die Stimmung der Hinausgeflohenen kennen zu lernen. Und vor allem: den Lügen der Arbeitgeberpresse entgegenzutreten. Ueber die Versammlungen wird uns folgendes berichtet:

Die Maurer

taaten in städtischer Anzahl in der „Wilhelmsburg“. Bachmann führte einleitend aus, daß der Arbeitgeberbund immer noch versucht, alle Schuld auf die Arbeiter zu wälzen, und sich selber als die Angegriffenen vor der Öffentlichkeit hinzustellen. Er verlas das Injunkt, welches die Arbeitgeber in allen hiesigen Zeitungen veröffentlicht und in welchem die Behörden wie das Publikum um Nachsicht erjucht werden. Bachmann hielt es daher für notwendig, die Ursachen des Kampfes nochmals zu rekapitulieren. Die Arbeitgeber erklären dreifach, sie hätten nur ausgehört, weil sie die rigorosen „Forderungen“ der Unternehmer nicht bewilligen könnten. Damit glauben sie, die öffentliche Meinung für sich zu haben, in Wahrheit haben nur die Unternehmer die Forderungen gestellt, obwohl das jedermann bekannt sei, müßte diese Forderung immer wieder wiederholt werden. Punkt für Punkt widerlegte Bachmann die Publikation der Unternehmer und bemerkt dazu: der Arbeitgeberbund sollte den Vertrag nicht aufheben, sondern die „Gesamtschuld“ für die Bauarbeiter“ nennen, das wäre das richtige Wort. Ueber die Aussperrung selbst teilte er mit, daß ein genaues Resultat noch nicht vorliegt; in die Streiklisten haben sich 800 Maurer eingetragen lassen. Die Unternehmer rechnen damit, daß die Aussperrung nicht länger dauern werde, als 3 Wochen, wenn es schlimm kommt, 6 Wochen, dann glauben sie, werden die Arbeiter zu Hause gekrochen sein. Der Bund hat auch die Materialsperrung proklamiert, die Materiallieferanten dürfen an vertragsuntreue Betriebe nichts liefern.

Der Zentralverband der Maurer plant die Verbreitung einer Denkschrift, in der die Gründe der Ablehnung klargestellt werden. Die Unternehmer wollen eine Baukontrollen vornehmen, auf allen Bauten werden vom Dienstag ab drei Mann erscheinen, die nachsehen, in wie weit die Aussperrung erfolgt ist. Sie wollen die Bauten säubern, dann soll 8 Tage gewartet werden. Nach dieser Zeit sollen die Bauten für Unorganisierte wieder geöffnet werden.

Was den christlichen Verband anbelangt, so sind in Breslau 130 Mann ausgesperrt. Auch die Mitglieder des katholischen Fachvereins sind mitausgesperrt. — Ueber den Arbeitgeberverband am Orte verbreitete sich Bachmann, wie sie das durchsichtigen lassen, mit den Arbeitern so lange zu kämpfen, bis sie sich bereit erklären, den alten Tarif auf 3 Jahre zu verlängern. Damit das nicht ausbleibe, sollen die Kollegen nach jeder Richtung hin ihre Pflicht tun. Einige Kollegen beschwerten sich, sich zweimal täglich zur Kontrolle melden zu müssen. Bachmann erklärte, daß dies absolut notwendig sei. Interessant wurde es sein zu beobachten, als die Polizei auch gegen die Streikposten der Unternehmer einschritt.

Jüngste wünscht, daß sich auch die Unorganisierten, die ausgesperrt werden, sich gleichfalls zur Kontrolle melden möchten. Sie erhalten alsdann eine Streikkarte als Legitimation und können wieder den Nachweis liefern, daß sie den Kollegen nicht in den Rücken gefallen sind. Die Einigkeit unter den Unternehmern, bemerkte Jüngste, sei nicht weit her, der Geldbeutel spiele bei ihnen eine zu große Rolle. — Es wurden zum Schluß verschiedene Anordnungen für den weiteren Verlauf der Bewegung getroffen.

Die Bauhilfsarbeiter

halten ihre Versammlung bei Müde, Größchenstraße, ab, in der Genosse Machol einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Aussperrung gab. Die Aussperrung, so führte der Redner aus, sei lange nicht in vollem Umfange geschehen, so wie es die Arbeiter haben wollten; aber dennoch sei die Lage sehr ernst. Maurermeister Franke habe sich in Breslau sehr häufig ins Zeug gelegt, daß die Aussperrung in Breslau von jedem Unternehmer vorgenommen wurde, aber es Montag Abend seien erst 800 Maurer, 375 Zimmerer und 100 Bauhilfsarbeiter und 21 dem Fabrikarbeiter-Verband angehörende ausgesperrt. Jetzt, nach zwei Tagen, kämen schon die Unternehmer und wollten die Bauhilfsarbeiter wieder öffnen für die Unorganisierten, aber sie können das die Mauerer nicht lassen. Die Unternehmer wollen die Arbeiter am Sonnabend alle ausgesperrt; da der Bund aber jetzt nicht mehr will, sollte er die Unorganisierten wieder einstellen. Es stellte sich aber heraus, daß der Polizei auch organisiert war, und so konnten auch die organisierten Bauarbeiter am Montag wieder anfangen. Man könne sagen, daß alle Unternehmer, die dem Bund nicht angehören, die Aussperrung nicht mitgemacht haben.

Für eine Million falsche Meisterwerke. Eine Galerie falscher Meisterwerke hat der angebl. Graf Althaus einer reichen Amerikanerin, Mary Paine, für eine Million Francs verkauft. Der Graf lebt seit acht Jahren mit einer jungen und sehr schönen Frau in einem Schloß der Touraine, wo er den Hauptteil eines Grundbesitzes hat. Vor einigen Jahren ist die Amerikanerin Mary Paine das Ehepaar kennen und hat den Grafen, dessen Namenstand sie bewundert, ihr eine Sammlung guter Gemälde angeboten. Bald nach ihrem Eintreffen in Amerika erhielt sie zwei Corot's, dann folgten ein Degas, ein Correggio und mehrere Meisterwerke Charbais und Frazeron's. Die Summe von einer Million war für diese Schätze lächerlich klein zu nennen. Jeder hätte sich heranzu, daß alle Bilder gefälscht waren. Die Amerikanerin verlangte den Grafen wegen Betrug. Das Paar wurde gefesselt und verurteilt. Der Name der Fälscher ist unbekannt. Der „Graf“ hat sich auch als Prinz Borghetto oder Prinz von Salsigne bezeichnet.

Handwerk am eigenen Vater. In Andolheim erlähmt am Sonnabend Abend der 19jährige Arbeiter Hagel seinen 61jährigen Vater und brachte ihm seinen Wochenlohn von 11,50 Mk. Er brachte dann das gesamte Geld bei einem Vergnügen in der folgenden Nacht durch. Die Staatsanwaltschaft sandte einen Kriminalbeamten nach dem Polizeihauptamt, um die Hand des Vaters zu untersuchen. Der Hand wurde in seiner eigenen Wohnung. Nach langem Ringen gelang Hagel ein, seinen Vater nur des Geldes wegen, daß er zu dem Vergnügen krankheitserregend zu haben.

Gefährdung eines Wärderspaars. Der Waid an dem Jagdsinger Hermann Fabian, der seit dem April 1904 aus dem Hause der Domherrin Kramm in Hagenau bei Bielefeld verbannt war, ist jetzt durch das Erscheinen des wärderspaars (Gehört) gefährdet worden. Wie ein Telegramm aus Bielefeld meldet, ist es dem Unterhändler gelungen, sowohl den Eigentümer Karl Kramm wie den Gehilfen zu dem Gefährdung zu bewegen, daß Kramm ein einseitiges Verbot gegen Fabian, einen Dösel, am 11. April 1904 nach einem Streit vom Wärderspaar mit einem anderen Wärderspaar zu lassen und seine Rechte im

Machol appellierte an die Arbeiter, ganz streng den Althaus zu meiden, um die Sympathie der Bevölkerung nicht zu verlieren. Die Wetterzeit erreichte es, als ein Disziplinardienstmittel, daß die Polizei auf den Bau von Mauerwerk gekommen sei, die Arbeiter geprügelt habe und jetzt nicht mehr vom Bau weichen. Die Arbeiter bezichtigten aber auf polizeiliche Streikposten, denn die Stellen sie alleine. Man sehe aber, wie eifrig die Polizei sich in den Dienst der Unternehmer stelle. Die seien ja auch einander wert.

Die Zimmerer

hatten sich sehr zahlreich im „Bester“ auf der Klosterstraße versammelt, was zum Teil darauf zurückzuführen war, daß die lokalen Arbeiter gerade den gegenwärtigen Augenblick zu tatkräftigen Auseinandersetzungen für geeignet hielten und sich dazu auch einen Redner aus Berlin hatten kommen lassen! Zunächst besprach der Vorsitzende Goldschmidt die augenblickliche Lage, machte Mitteilungen über den Umfang der Aussperrung und wies die Behauptungen der Unternehmer über die Ursachen der Aussperrung, die in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, zurück. Nach ihm sprach Wiesel-Berlin (Polakoff). Seine Ausführungen als auch die folgende lebhafte Debatte, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten, drehten sich hauptsächlich um das Verhalten der Arbeiter gegenüber dem Verzicht der Unternehmer, die Unorganisierten wieder in die Betriebe zu ziehen. Während die Zentralverbände und Maurer Rother der Meinung waren, dieser Verzicht müßte durch tatkräftige Mäander durchkreuzt werden, standen die Polakoffen auf dem Standpunkt, daß das Weiterarbeiten mit einem Teil der Kräfte möglichst verhindert werden muß. Diese letztere Anschauung fand ihren Niederschlag in einer von Wiesel-Berlin beantragten Resolution, die der Sperte den Streik ausließ, die aber mit 255 gegen 127 Stimmen abgelehnt wurde. Kramm & Schmidt gab noch eine Reihe von Anmerkungen über das Verhalten während der Aussperrung und schloß die Versammlung mit der Aufforderung zu solidarischen Ausbarrern.

* Wie zwei Bau-Unternehmer sich um den Lohn herumdrücken wollten.

Auf einem Bau auf der Opitzstraße, der von den Bauunternehmern Schwarz und Ripke ausgeführt wird, war eine Pufferkolonne beschäftigt, die aber die Arbeit wegen nicht genügender Lohnzahlung einstellte. Ein Kalkträger, der zur Kolonne gehörte, erhielt für den letzten Tag keinen Lohn, den er auf dem Klagenwege vor dem Gewerbegericht einforderte. Die Beklagten behaupteten dreifach, daß der Kolonnenführer den Lohn für den Kalkträger erhalten, aber nicht abgeführt hätte. Der Kläger sollte sich das Geld von diesem zahlen lassen. Dem Kolonnenführer, der als Zeuge vernommen wurde, leste der Vorsitzende die Frage vor, ob er sich schuldig fühle, er brauche in diesem Falle keine Auslagen zu machen. Der Befragte erklärte, er wolle ausfragen, da er sich einer Schuld nicht bewußt sei. Die Pufferarbeit sei mit 439 Mark vereinbart worden, erhalten habe die Kolonne jedoch nur 235 Mark und davon sollten noch die Träger bezahlt werden. Die Behauptung, man habe den Träger nicht bezahlt, übersteigt doch alle Grenzen des Erlaubten. Die Beklagten erwiderten: Ja, die Arbeit sei garnicht fertiggestellt worden, so viel Meter, wie gearbeitet worden, seien auch bezahlt worden. Darüber wollten sie Zeugen vernommen haben. Das Gericht verurteilte die Beklagten zur Zahlung der klägerischen Forderung von 5,60 Mark. Offensichtlich wollten die Herren den Prozeß nur verschleppen.

* Ein unterflüchungsbedürftiger Bauarbeiter.

Ein Breslauer Maurermeister hatte im Januar dieses Jahres bei einem hiesigen Bankier 3000 Mk. abgehoben. Mit dem Gelde ging er um etwa 4 Uhr Nachmittags in ein Caféhaus. In kurzer Zeit befand er sich dort in Gesellschaft mehrerer weiblicher Besucherinnen des Lokals, die ihn zu großen Ausgaben zu verleiten mußten. Im Verlaufe einiger Stunden war beinahe eine Tonne in Höhe von 700 Mk. entwand, die der Baumeister auch bereitwillig bezahlte. In der Sekunde über die Teilnehmerinnen noch zu einer Fortsetzung der Kneiperei in einem anderen Lokale ein; ein „Dynamometer“ beförderte die fidele Gesellschaft dorthin und nun wurde weiter gezinkt wie vorher im Café; nur die teuersten und besten Sachen kamen auf den Tisch. So ging es bis in den Morgen hinein; der Herr Maurermeister mußte schließlich mit einer Drohkarte nach seiner Wohnung befördert werden. Drei der Teilnehmerinnen waren eingestiegen, um ihrem Freunde das Geleit zu geben; sich hatten sich unterwegs aber je eine „Mausflügel“ aus der Brieftasche des inzwischen Entschlummerten angeeignet und waren dann an der Lieblichshöhe ausgefliegen. Als der Maurermeister am nächsten Morgen erwachte, und seine Brieftasche nachzählte, wurde ihm sofort klar, daß er beschlagnahmt worden sei, und mit Hilfe der Kriminalpolizei gelang es auch, seine drei Gesellschafterinnen

wie er gemeldet, vor acht Tagen gefunden. Am 31. Januar brante das Haus Kramm wieder; es entstand der Verdacht, daß die Domherrin das Haus selbst angezündet hätte, um ihren Mißbehagen, der nach dem Verschwinden Fabians Verdacht gegen sie geschöpft hatte, aus dem Wege zu räumen. Das Motiv zur Ermordung Fabians wird da in gesucht, daß der alte Aufgebinger mit den Chelentramm wiederholt in Streitigkeiten geriet und ihnen schädlich drohte, eine Hypothek, die auf dem Hause lastete, zu kündigen.

Zerfahren eines Fremdenlegionärs. Ein junger, nach Frankreich überseehter Krieger von 19 Jahren wandte sich kürzlich an das hiesige französische Konsulat, um sich in die Fremdenlegion aufnehmen zu lassen. Das Konsulat wies ihn an das nächste französische Konsulat zu schicken. Ein französischer Kommissar geriet im Haus nach Paris und ein anderer von dort über die Grenze nach Paris. Hier unterschrieb der Deutsche zwei Verträge, wurde unter die Wehrtruppen aufgenommen und blieb einweilen in der Kasernen. Unschonlich hörte er über die Fremdenlegion so viel Schlimmes, daß ihm kein Entschluß lag wurde. Er floh aus der Kaserne und arbeitete nach der hiesigen Grenze zurück. Auf dem Schiffslande von Gravelotte fiel er einem französischen Soldaten an. Der Franzose wollte ihn festhalten und schloß gewaltsam hinter sich her. In der deutschen Grenze hielt man den Flüchtling für einen Deserteur vom 15. Infanterieregiment in Metz und brachte ihn dorthin. Nach Aufklärung des Irrtums wanderte der junge Mann zu Fuß nach Metz, wo er das Franzosenhaus ankam und wurde nach Metz gebracht. Nach seiner Wiederkehr hat ihn jetzt sein Vater nach Paris geschickt.

Ein Haufen geiziger einer Droffel mit einer Kage wurde dieser Tage in Dover von mehreren Personen beobachtet. Ein Droffelhaufen hatte in einem Baum sein Nest gebaut. Als das Weibchen brütete, kletterte eines Tages auf den Baum eine Kage und mochte Mitleid, sich zum Nest zu begeben. Da fürchte sich das Männchen müde auf die Kage mit Schnabelschlagen und ließ sie wiederholt auf den Kopf. Die Kage zog sich schließlich von dem Baum zurück und sprang auf eine Fledermaus. Das Droffelweibchen war aber mit diesem Erfolg nicht zufrieden.

zu ermitteln. Sie wurden wegen Diebstahls mit Arrest bestraft, und auf diese Weise hatte jeder teure Nachkommel noch ein gerichtliches Nachspiel. Die Angeklagten leiten bereits bei der polizeilichen Vernehmung ein offenes Geständnis ab; das Schöffengericht verurteilte sie am 14. d. M. zu je sechs Tagen Gefängnis. — Dieser Arbeiter wird zurückgelassen das verlorene Geld aus dem Mitternachtsfonds zurückgehalten. Leider verweigert die Schief. Zeitung, der wir diesen Bericht entnehmen, den Namen die'ses Bauberrern. Wie immer, wenn es sich um Verurteilte handelt, die nicht dem Arbeiterstande angehören.

Heute vor 4 Jahren

Schlus der Breslauer Polizei die „berühmte“ Schlächt am Siregauerplatz, in welcher wehrlose Frauen und Männer selbst noch auf der Flucht von fabelhaften Polyzisten arg mißhandelt wurden. Dem Arbeiter Biewald wurde an diesem denkwürdigen Tage, der ewig ein schwarzes Blatt in der Geschichte Breslaus bleiben wird, von einem fernen Galanten hinterücks die Hand abgehakt. Es kennzeichnet unsere sonst so „sündige“ Polizei, daß sie bis heute, 4 lange Jahre nach der Schandtat, den schuldigen Rohling noch nicht gefunden hat. Man hat freilich auch nie etwas davon gehört, daß sie ihn gesucht hätte. Ja, Wienlo hatte sogar in seiner öffentlichen Beschuldigung der Polyzisten den Handhabhaber ausdrücklich mit inbegriffen! Hätte die Polizei nur den hundertsten Teil des Eifers, mit dem sie die Junter vor Wahlrechtsdemonstranten schützt, auf die Entdeckung des feigen Handhabhabers verwendet, so würde er jetzt nicht mehr ungestraft sein Wesen treiben. So aber wird die tote Hand noch lange ein drohendes Gespenst bleiben für alle, die am 19. April 1906 eine traurige Verühmtheit erlangt haben.

Dier Jahre sind über jene Polizeimehlei dahingegangen. Wir sind inzwischen von Erfolg zu Erfolg geschritten. Die Zahl der Leser der Volkswacht ist in diesen 4 Jahren um mehr als 10000 gestiegen, der Sozialdemokratische Verein hat über 4000 neue Mitglieder gewonnen und die Gewerkschaften haben über 10000 neue Kämpfer in ihre Schlachtreihen gerückt.

Und die Polizei?

Sie hat es glücklich mit allen verdorben und in den 4 Jahren den letzten Rest von Respekt, den man hier und da noch vor ihr hatte, verloren. Und schreitet weiter auf dieser Bahn, nicht darauf achtend, was rechts und links von ihr vorgeht. Sie verfolgt uns im Wachen, sie verfolgt uns im Traum, und im Frühling geniert sie der Wind, und merkt gar nicht, wie am Freiheitsbaum schon die Knospen gesprungen sind.

Ueber allerlei Geheimnisse der Frommen

unterrichtet ein Vortrag, den der Landstammeslehrer Lieke im Verein der Haus- und Grundbesitzer über das Thema hielt:

Welche Konkurrenz schaffen sich die Hausbesitzer durch Bewilligung zu hoher Kirchensteuern? Nach dem Bericht der „Bresl. M.-Btg.“ führte der Herr u. a. aus: Wenn eine evangelische Kirche gebaut werden sollte, werde auch immer der Bau eines Pfarrhauses beantragt, in welchem die Geistlichen und Beamten wohnen. Gleichgültig werde auch der Bau eines Gemeindefaßes beantragt zur Benutzung kirchlicher Vereine. Es sei doch aber nicht unbedingt notwendig, daß die Geistlichen in besonderen Häusern mit acht bis neun Zimmern wohnen. Die Richter wohnen ja auch nicht beim Gericht. Dazu komme, daß die einzelnen evangelischen Parochien in Bezirke eingeteilt seien, denen ein bestimmter Seelsorger zugeweiht sei. Es würde sich empfehlen, wenn dieser in seinem Bezirk wohnte. Der Redner weist rechnerisch nach, daß die evangelischen Gemeinden viel besser fortkämen, wenn sie den Geistlichen 1500 Mk. Wohnungsgeldzuschuß gäben, als sie in eigenen teuren Häusern unterzubringen. (1500 Mk. für Miete brauchen sie mindestens, die Nachfolger dessen, der nicht wußte, wo er sein Haupt hingelen sollte! Red. d. „M.“) Jede Kirche wolle auch ihren Saal für ihre Vereine haben. Sollen während den Vereinen kostenlos hergegeben. Wenn dies nicht der Fall wäre, würde niemand hingehen. Die Kosten müßten die kirchlichen Steuerzahler tragen. Wenn ein Verein gegründet werde, müßte dieser nach seiner Meinung sich auch selbst unterhalten. Es sei nicht zu verwundern, daß die größeren Ausgaben für Bauten in den Gemeinden des evangelischen Verbandes gerade immer von denen beantwortet würden, die keine Kirchensteuern zahlen. Die einzelnen evangelischen Kirchengemeinden hätten zusammen 43 Wohnungen und 146 Betten vermietet und trieben damit geradezu einen unlauteeren Wettbewerb gegen den Grundbesitz. In der letzten Verbandsstimmung habe man sich nicht einmal die nötige Zeit genommen, die einzelnen Gattis ordnungsmäßig zu beraten. In der sich anschließenden Besprechung bemerkte Herr Darowski u. a., wie die Kirchensteuer infolge der vielen Steuern und Abgaben bis zu 18 pCt. gestiegen seien. Jetzt sei wieder bei der Johanneskirche eine großartige Villa als Pfarrhaus gebaut worden. Und die Kirchensteuern würden noch wesentlich steigen, da die Pauluskirche und eine Kirche an der Ohlauer Chaussee gebaut werden sollen.

Gegen diese Belastung der Steuerzahler können sie sich glücklicherweise und äußerst wirksam wehren, und zwar dadurch, daß sie aus der Landeskirche austreten. Wer ausgestreitet ist, hat nicht mehr nötig, wohlbelebten Gottesdienern Willen zu bezahlen!

* Zum Streit in der Aktien-Malzfabrik.

Nachdem am Freitag fast sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, sind heute sämtliche Arbeiterinnen, welche in der Abteilung „Dampfasse“ beschäftigt waren, diesem Beispiel gefolgt. Die Arbeiterinnen verdienen bei der aufreibenden Akkordarbeit oft nur 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Tag, selten brauchen sie es darüber hinaus, nur wenn die Kolonne eingearbeitet war, überschritt der Verdienst 1 Mark den Tag. Von sämtlicher dort beschäftigt gewesenen werden über die Verwendung von Rohprodukten zu diesem Dampfasse allerlei Dinge erzählt. Das Gewerkschaftsamt wird sich bemühen mit diesem Betrieb und noch mehr mit dem Dampfasse zu beschäftigen. Die Behandlung der Arbeiter dieses Betriebes durch die einzelnen Vorgesetzten erweist sich an russische Verhältnisse. Darüber wird ebenfalls demnächst die Öffentlichkeit unterrichtet werden. In Arbeiterkreisen war dieser Betrieb schon längst als „Knochenmühle“ bekannt. Die Aktionäre, alles fleischliche Leute, dürften sich nicht wundern, wenn ihnen der Dampfasse demnächst alles zum Trinken verbietet.

* Achtung, Sattler!

Die Militärsattler in Pritzsch stehen in einer Lohabewegung. Auch die Breslauer Sattler haben um die Entlohnung nach dem neuen Berliner Tarif gebeten. Bei der Firma Wobbe, Treibermantelbau, Hedwigstraße, waren die Verhandlungen mit dem Sattler und der Tarifkommission resultatlos. Man will den Betrieb von organisierten Sattlern reinigen und mit unorganisierten billiger arbeiten, am Sonnabend wurde allen Sattlern schriftlich gekündigt. Wir ersuchen dringend, Breslau und Orla auszureinigen zu werden. Alle Injunkte, welche sich auf Treibermantel- und Militärsattler beziehen, bitten wir an untenstehende Adresse zu senden. Die Druckerei

Dom Reiterungsstücke ist selbst einmal gesagt worden, in diesen Schulen würde den Kindern nur das Notwendigste beigebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) An Stipendien und Unterstützungen für Fortbildung und behäufliche Schüler, Gymnasien und Realgymnasien, fielen im Jahr 18.025,60 Mark, das macht pro Schule 25 Mark. Das ist beinahe eine Verdobnung des Bildungsbudgets des Landes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir leben ja nicht auf dem Standpunkt, daß behäuflichere Kindern Wohlstand erziehen werden, wenn sie für „unerblich“ befunden werden, sondern wir verlangen freie Schule bis zur Unbestimmtheit für jeden dazu befähigten. Das halten wir für eine Aufgabe der Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch in Bezug auf das Bibliothekswesen hinter Preußen hinter allen deutschen Staaten hinterher, wie die Untersuchungen des Bonner Universitätsbibliothekars Dr. W. Garmann und die Artikel des Dr. Karl Enders im „Berliner Tageblatt“ beweisen haben. Die Mittel für Kunst und Wissenschaft sind gegen das Vorjahr nur um ein Geringes erhöht worden, die für evangelische Geistliche, wie gesagt, um das Fünftel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei verlangt man noch eine uniformierte Kunst, dann könnte man doch mindestens verlangen, daß es sich auch kümmert um die unglücklichen Zustände in manchen Kirchen- und Kirchenbüchern. Wenn diese auch nur annähernd in Ordnung gehalten würden, könnte es nicht vorkommen, daß Leute, die zehn, zwanzig Jahre lang aus der Kirche ausgeschlossen sind, immer wieder

mit der Kirchenrenovierungsverwaltung beauftragt
werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man schäme sich nicht, die katholischen Kirchenrenovierungs- und evangelischen Kirchenrenovierungsstellen zu vergleichen. Die katholischen Kirchenrenovierungsstellen sind durch den Reichsanwalt 128.000 Mark Kirchenrenovierungsunterschieden worden. Er hat erklärt, er sei zu den Verurteilungen gekommen durch seine Beschäftigung im preussischen Finanzministerium. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei der Revision sei es so indiskret ausgefallen, daß er jahrelang diese Untersuchungen habe ausführen können. Die Willkür, die der Kirche zugeführt worden, wären dringend nötig für Schulbauten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Von dem, was ich im vorigen Jahre darüber vorgebracht habe, ist nichts weiter bekannt. Wir werden auf diesem Wege nicht eher etwas erreichen, als bis die Trennung von Kirche und Staat, überhaupt die Trennung von Kirche und Staat, durchgeföhrt ist. Das kommt für Preußen, so sehr man sich auch dagegen wehrt. Die „Königliche Volkszeitung“ schrieb einen Artikel darüber: „Gewiß werden sich diese Dinge nicht von heute auf morgen ändern, aber je klarer man sich auf beiden Seiten in die kommende Veränderung hineinklebt, desto schmerzloser und friedlicher wird sie sich vollziehen, wenn sie eines Tages kommt.“ Selbst im Lager der Geistlichen findet man sich schon ab mit dem Gedanken der Trennung von Kirche und Staat. In Hamburg ist man wenigstens zur Trennung von Kirche und Schule gekommen. Der Druck der Kirche auf die Schule wird selbst für die langsamsten Lehrer immer unerträglich, die kirchengegnerischen werden immer annähernd. Ich erinnere an den Konflikt in Ost- und Westpreußen. Wir wünschen, daß es auch in Preußen Reiterungsbeamte gäbe, die sich so der Rechte der Lehrer annähmen. Aber bei uns ist Zentrum Trumpf. (Wachen im Zentrum: Sehr wahr! bei den Soz.) Das Versprechen des Ministers Halle, daß kein Volksschullehrer Schulinspektion werden sollte, ist leider nicht zur Tat geworden, denn seit dem Augenblick, wo Herr Halle ausblieb, war — nehmen Sie es mir nicht übel — der Ministerialdirektor Schwarzdorff wieder Trumpf. (Weiterkeit.) Von 908 nebenamtlichen Inspektionsstellen werden nur 85 von Hochschulen beseht, alle anderen von Geistlichen. Neue sachliche Kreisinspektoren sind in diesem Etat nur zehn vorgesehen. Wertwüßig ist es, daß die Inspektionsstellen für die von Geistlichen versehenen nebenamtlichen Ortschulinspektoren dieselben geblieben sind. Herr Dietrich hat ja in recht „bezeichnender“ Weise den gebührenden Einfluß der Kirche auf die Schule verlangt. In der Tat kann man angehts der geschriebenen Verhältnisse nur von ungehörlichen Forderungen der Kirche sprechen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hier liegt die Rede des Herrn Dietrich nach fünfzig Jahren in Friedensschalenien, nach lodendem Sirenen-gefang. (Weiterkeit.) Trauben ist der Ton anders, da spricht man von nachlässiger Erziehung in den katholischen Kreisen. Der „nicht genügende“ Religionsunterricht soll die Verwahrlosung der Jugend zur Folge haben. Nun, damit ist es wirklich nicht so schlimm. Die angebliche Verwahrlosung wird nur als Bauwau gebraucht, um eine Vermehrung der Religionsstunden zu beordnen. Mehr Kenntnisse, vor allem eine Befähigung der Kriegsgeschichte, wie sie heute dem Volke gelehrt wird, würde mehr der Verwahrlosung schaden. Auch sollte man nicht unsere Feindungen zur Jugendbildung verhindern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man von Verwahrlosung der Jugend spricht, so erinnert ich an die

Vorgänge im Bonner Studentenrat.
(Sehr gut! bei den Soz.) Herr Dietrich protestierte gegen die Aechterung des Herrn Gamm im Herrenhause, daß im Zentrum auch Sozialisten wären. Wie sollten die auch wohl da hineingeraten sein? Und wenn schon, ich habe die Überzeugung, in vierundzwanzig Stunden wären sie wieder draußen oder so langsam geworden, daß selbst Professor Koch den roten Basilis nicht mehr bei ihnen erubieren könnte. (Weiterkeit.) Herr v. Jellitz sprach das große Wort aus, die Religionsfreiheit sei bei uns in vollem Maße gewahrt. Wer das behauptet, muß von Freiheit einen Sonderbaren Begriff haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Gewissensfreiheit ist ein schöner Traum aus dem Hälischen Libanon, „Lautend mit einer Nacht“. (Weiterkeit.) Befreiungen gegen Andersdenkende, gegen Dissidenten Kinder sind bei uns an der Tagesordnung. Der Herr Kultusminister meinte, er würde den Dissidenten gegenüber auf dem Boden des bestehenden Rechts. Was ist denn das bestehende Recht? Auf Grund des bestehenden Rechts bin ich 1890 vom Kammergericht freigesprochen worden im Hinblick auf die fünf Jahre Erlasse, zehn Jahre lang habe ich meine Kinder — und die Zahl ist ziemlich ansehnlich geworden (Weiterkeit) — ohne Religion in die Schule gehen lassen. Nach zehn Jahren hat mich dann das Kammergericht auf Grund desselben bestehenden Rechts verurteilt. Inzwischen habe ich mich am Ministerium allerdings beherrschend gemacht. Ich wurde verurteilt, weil ich dem höchsten Gericht in Preußen geklagt hatte; na, das soll mir ja so rasch nicht wieder vorkommen. (Weiterkeit.) Der Minister sprach von dem Erlaßunterricht. Darum brecht es sich ja hier gerade. In Berlin hat man Dr. Bruno Wille, der in der Literatur eines bekannten Romanen, und Frau Julia Altmann einfach den Erlaßunterricht nicht erließ und es was so unendlich gemacht, wahren Kindern einen Erlaßunterricht — auch auf jüdischer religiöser Grundlage — zu geben, der unseren Anschauungen entspricht, indem man einfach erklärte, diese beiden Personen glauben nicht an den persönlichen Gott. So wird den Anhängern die Gewissens- und Religionsfreiheit in Preußen gewonnen. Was der Finanzminister selbst, wie er will, solange Herr Schwarzdorff auf der Ministerbank sitzt, ist ein Wunder in Preußen angehängt. (Weiterkeit.) Sehr wahr! bei den Soz.) Der Erlaß dieser Politik ist nur, daß man die Eltern aus der Kirche verbannt und sie zu Sozialdemokraten macht. Das ist die alte alte Politik, wenn man freireligiösen Gemeindefreier die Aufnahme von Erlaßschülern verbietet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch das Verbot gegen Dissidenten wird der Gegensatz zwischen Schule und Haus nur verstärkt. 1899 wurde ich als freireligiöser Schüler gegen diesen Zwang. Er ließ Religions-Unterricht, die Schule ist ausgeschlossen.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Durch Verbotung mit Religion, durch Zwang der Dissidenten, hoffen sie, das wenig gemordete Gefüge ihrer Herrschaft wieder zu befestigen. Das wird ihnen sicher nicht gelingen. Mit den vorerzählten Ausführungen des Abg. Maurer bin ich ganz einverstanden, der da sagte, wir betrachten die Schule als eine reine Staatsanstalt. Das dem Zentrum das nicht paßt, ist selbstverständlich. Sie (zum Zentrum) möchten sie als reine kirchliche Anstalt haben. Sie würden am liebsten Bildung und Wissenschaft wieder hinter den Kirchentauern vergraben, wenn es möglich wäre. (Zustimmung b. d. Soz.) Der Abg. Maurer wandte sich auch gegen den Zwang der Dissidenten Kinder, weil der Unterricht bei diesen Kindern doch wertlos sei, da das Gelernte unmittelbar nachher von den Eltern wieder aufgehoben würde. Das sollte für jeden, der denken will, klar und deutlich sein. Es ist sogar ein gefährliches Experiment in ihrem Sinne, die Dissidenten Kinder zum Religionsunterricht zu zwingen, denn sie werden geradezu dazu aufgereizt, mit den Kindern ihre Anschauungen auszutauschen. Sie zwingen geradezu unsere Kinder, in dieser Weise ihren Schulkollegen gegenüber tätig zu sein. Als ich den Prozeß in dieser Sache hatte, sagte mir einmal ein Lehrer: Herr Hofmann, Sie glauben nicht, wie unangenehm es ist, daß ihre Kinder dort sitzen. Sie lachen nicht, aber ich habe jetzt jemanden vor mir, dem ich es am liebsten ansehe, als wollte er sagen, das ist ja nicht wahr, was Du da erzählst, das ist für mich sehr peinlich und unangenehm, und wenn sie auf dem Schulweg sind, lauschen sie ihre Meinungen über das aus, was der eine und was der andere weiß. Ich komme da in eine außerordentlich peinliche Situation.

Das sagt mir der Lehrer.
Schon aus Rücksicht auf die Lehrer sollte man solchen Zwang nicht ausüben. Am 13. Februar 1899 hat der verstorbene Hofprediger Stöcker, den man gewiß nicht Antipathie gegen die Religion oder Feindschaft gegen die Kirche vorwerfen kann, hier im Hause gesagt: „Ich kann zunächst den Standpunkt des Ministers nicht teilen, der sich in einer so wichtigen Frage einfach den Ergebnissen der Rechtsprechung unterwerfen will. Ich finde die Frage viel zu groß und bedeutend. Sie steht weit über dem Niveau des Verwaltungsrechts, auch weit über der tatsächlichen Rechtsprechung in der Ehe, welche die tieferen Beziehungen des Menschen und der Familie umschließt. Ich halte es von meinem religiösen Standpunkt aus für unmöglich, das Kind eines Atheisten a. B. dazu zu veranlassen, daß es den Katechismus auswendig lernt.“ Das sind die Worte eines Herrn der Rechte dieses Hauses! Die heutige Schule kann ohne dogmatischen Unterricht auskommen, erziehen Sie nur wirklich die Pädagogen. Damit bin ich ausnahmsweise mit Herrn v. Jellitz einverstanden, daß die Schule auch

gute Patrioten erziehen
soll, nur gute Patrioten im andern Sinne, als Herr von Jellitz es meint. Wir halten die nicht für gute Patrioten, die sich auf Kosten des Volkes die Tasche füllen, die das Volk immer mehr in Abhängigkeit und Elend herunterdrücken möchten und die dem Volke nicht die Rechte geben wollen, die ihnen gebühren, wie sich das bei der Wahlrechtsvorlage wieder recht deutlich gezeigt hat. Wir halten dagegen die für gute Patrioten, denen das Wohl der Gesamtheit über dem Wohl einzelner Kleiner stehen. (Beifall b. d. Soz.) Wir meinen, daß auch jemand ein guter Patriot sein kann, ohne Seehandlungspräsident gewesen zu sein. (Weiterkeit.) Die Religion muß aus der Schule entfernt werden. Aber der Abg. Cassel will die Religion der Schule erhalten. Es hat mir Vergnügen gemacht, aus dem Munde des Führers der Volkspartei eine zu dem Nationalliberalen Maurer im Gegensatz stehende Ansicht zu hören. Es ist in der heutigen Zeit angebracht, daß wir das festhalten. Den freisinnigen und den Nationalliberalen möchte ich gern dringend raten, dem Zentrum nicht den Gefallen zu tun, und ein bishen Kulturkampf zu machen. Das ist etwas, was das Zentrum braucht. Die Finanzreform, die Wahlrechtsmängel des Zentrums hat das Zentrum so in die Klemme gebracht, daß sie gern möchten ein bishen Kulturkampf haben, damit sie ihre eigenen Fehler verdecken können. Wir werden schon aus prinzipiellem Standpunkt dem Zentrum damit entgegenkommen. Wenn die Liberalen darauf nicht verzichten und dem Zentrum diesen Gefallen nicht tun, dann setzen sie das Zentrum für die Reichstags- und Landtagswahl matt. Ich habe zu meiner Freude in Zentrumskomiteen gesehen, wie das Licht dort hineindringt in das Volk. Nun liegt es aber an den Liberalen, dem Zentrum nicht die Möglichkeit zu geben, daß es vor seine Wähler tritt mit dem Geschrei:

Die Kirche ist in Gefahr!
(Sehr gut b. d. Soz.) Der Geschichtsunterricht muß reformiert und der Wahrheit angepaßt werden. Vom neuen Kultusminister erwartet, wie das immer beim neuen Minister ist, jede Partei für sich etwas nur wir Sozialdemokraten nicht. Zuerst ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß der neue Minister einen Erlaß über die Einschränkung der Prügelstrafe habe ergehen lassen. Ich hielt es gleich nicht für möglich. (Weiterkeit.) Nachher stellte es sich auch heraus, daß der Erlaß in Bayern ergangen war. (Weiterkeit.) Hofprediger Graue sagte in seiner Abschiedspredigt: Ich wünsche von ganzem Herzen, daß der Teufel endlich einmal alles Pflaster mit dem dummen Unfehlbarkeitsdünkel holen wolle. Das ist recht deutlich! Die Jugend soll in der Schule zum Kampf gegen die Rechte des Volkes präpariert werden. Die Jugend gehört aber uns, und der Kampf gegen die Jugendorganisationen wird nichts nützen, auch wenn sie mit Gen darmen und Kriminalpolizisten, wie vor kurzem in Lichtenberg, übermocht wird. Sie erreichen durch Ihr Vorgehen gegen unsere Jugendorganisation nur das eine, daß man sich im Hause, in der Familie weit intensiver mit der Aufklärung der Jugend befassen wird. Und steht die Presse, uns stehen Millionen Bücher zur Verfügung, und wir werden es nicht daran fehlen lassen. Unsere Jugend kommt täglich mit älteren Geistes, Arbeitskollegen und Kollegen zusammen, die so erfüllt sind mit sozialistischem Geiste, daß Sie nicht instände sind, den Kampf dagegen aufzunehmen. Daran wird auch kein Erlaß des Kultusministers irgend etwas ändern, die Zeit wird über diese Erlasse zur Tagesordnung übergehen, das Kultusministerium sollte es sich genügen lassen, mit der Schlappe, die es sich bei den Arbeitervereinen geholt hat. Will sie noch weitere hinzufügen in der Jugendbewegung, so haben wir nichts dagegen. Sie hemmen mit derartigen Mitteln den Fortschritt niemals, Sie können den Fortschritt nicht aufhalten. Die Jugend des Proletariats ist für Ihre kulturellen und bildungsständlichen Bestrebungen ein für alle Mal verloren. Sorgen Sie für Bildung und Freiheit für Sie und Luft für das Volk, für Volksbildung und Volksgesundheit und damit auch für Volkswohlfahrt. Das sind die Aufgaben für ein wichtiges Kultusministerium. Dann muß es aber befreit sein von allen jenen Schläden aus vorhistorischer Zeit, die den Weg zum Fortschritt hemmen (mit erhebender Stimme) trotz aller Scham, die Sie gegen uns haben, werden doch an Ihre Stelle ein andere Männer treten! (Ironische Zurufe: lauter!) Wiederholen Sie doch nicht immer dieselben Dinge! Ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß Sie geistig viel zu schwach sind, als das launische Reden etwas nützen könnte. — In Ihre Stelle werden andere Männer treten, die Preußen weiterbringen, vorwärts auf der Bahn zur wirklichen Kultur. (Beifall b. d. Soz.)

Aus Oberhessen.
Kattowitz, 16. April. Preussische Gerichts-Präsidenten wählen langsam. Die Kammer der Soz und Arbeiter des Kattowitz waren am 19. März 1909 vom Bauarbeiter Dege aus Königsbrunn plötzlich entlassen worden. Da Dege nicht Mitglied des Arbeitervereins, und somit der zwischen den Arbeitgeber- und Arbeiter-Organis-

ationen abgeschlossene Vertrag nicht maßgebend war, traten selbst Zimmerer auf vierzehntägige Kündigung. Das Schiedsgericht der Freien Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft entschied im Sinne der Arbeiter, indem es annahm, daß, wenn auch Dege nicht im Arbeiterverbande organisiert ist, der Vertrag maßgebend ist. Anders aber dachten die beiden Kläger, und klagten beim Amtsgericht Königsbrunn. Es wurden Sachverständigen ernannt, ob der Vertrag auch für Dege maßgebend ist, oder ob die Freie Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft, der Dege als Mitglied angehört, in corpore dem Arbeitgeberverbande angehören kann. Da die Aussagen zu Gunsten der Kläger ausfielen, wurde immer neues „Beweis“-Material herbeigeschafft und immer wieder neue Termine mit neuen Zeugen angesetzt. Es fanden zwölf Termine statt, aber zu einem Urteil kam es nicht. Schließlich kam ein Vergleich zustande, wonach sich die beiden Kläger mit je 35 Mark Entschädigung einverstanden erklärten. Da der Vertrag sofort ausgeführt und 15 Mark wurden aus unbekanntem Grunde zurückbehalten.

Kattowitz, 20. April. Keine Maßnahmen.
Die Meldung von der Maßregelung des Moskauer Gemeindevorstandes Dr. Adler bestärkt sich nicht. Gemeindevorstand Dr. Adler ist zu Befreiung einer militärischen Übung auf 4 Wochen beurlaubt.

Beuthen OS., 20. April. Versammlung.
Der Sozialdemokratische Verein hält am Mittwoch, den 20. April, Abends 8 Uhr, im bekannten Vereinslokal, der Kattowitzer Straße, seine Monatsversammlung ab. Neben einem Vortrag des Genossen A. Höflich stehen sehr wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder, die zur Versammlung Zutritt haben, ist erwünscht. Neuanmeldungen sind vor der Versammlung im Vereinslokal gestattet.

Kattowitz, 19. April. Keine Maßregelung.
Die Meldung von der Maßregelung des Moskauer Gemeindevorstandes Dr. Adler bestärkt sich nicht. Gemeindevorstand Dr. Adler ist zu Befreiung einer militärischen Übung auf 4 Wochen beurlaubt.

Kattowitz, 19. April. Kampfe der Arbeiter.
In der Arbeiterstadt Kattowitz ist unter sich in Kattowitz. Die liberale Minderheit, gekürzt auf den liberalen Magistrat, kämpft gegen das demagogische Zentrum, das nun mal von seiner famosen Geschäftsordnung, womit sich alle Zentrumstricks bemanteln lassen, nicht abläßt. In der letzten Stadtkonferenzung konnte man wieder mal den vornehmen Zentrumstricks studieren. An laß hierin gab ein Antrag des Stadtvorstandes Dr. Arnhold, die aus der Urwelt stammende und mit der heutigen Zeit nicht in Einklang zu bringende Geschäftsordnung zu ändern. Der Vorsteher Stiller, der selbst Reichstagsabgeordneter war, hat in der Sitzung vorher, wo der Antrag bereits zur Debatte stand, wie auch jetzt in einer Form die Sache erledigt, die alles andere nur nicht parlamentarisch ist. Als Dr. Arnhold sich darüber beschwerte und mit Recht das Verhalten der Mehrheit und ihres Vorstehers in sachlicher Form kritisierte, da war es um den Vorsteher geschehen, er sprach von unerhörter Zumutung, bewußter Unwahrheit und ergoß seinen ganzen Horn auf den verfluchten Antragsteller. Nachdem Dr. Arnhold, noch einmal dem Zentrum die Wahrheit gesagt und nachgewiesen, daß mit der geheimen Abstimmung (ist hier an Stelle der namentlichen) das Zentrum sich vor seiner Stellung immer herumdrückt, wurde von der liberalen Mehrheit Übergang zur Tagesordnung beschlossen. Wären die Herrschaften nur der Kampf unter sich ausgediehen. Ist erst die Zeit da, die hoffentlich nicht mehr fern liegt, wo Sozialdemokraten ihren Einzug ins Stadtparlament halten, dann werden sich beide, Liberale und Zentrum, in den Armen liegen, und den gemeinsamen Feind, die Arbeiterklasse, bekämpfen.

Kattowitz, 19. April. Töblicher Unglücksfall.
Sonntag Nachmittag ereignete sich in der sechsten Stunde ein bedauerlicher Unglücksfall, welcher leider einem jungen Manne das Leben kostete. Der arbeitslose Hilfsweichenkeller Paul Herrmann wollte nach Hause fahren und benutzte hierbei den Eisenbahnzug. Als dieser die Station Schnellwalde passierte, sprang er wie die Meist. „Ja“ meldet, ab und fiel dabei so unglücklich, daß er mit dem Oberkörper unter die Räder kam, wobei ihm der Kopf vom Kumpfe getrennt wurde. Herrmann fand im 28. Lebensjahre und hinterläßt eine Frau mit mehreren Kindern.

Aus Oberhessen.
Kattowitz, 16. April. Preussische Gerichts-Präsidenten wählen langsam. Die Kammer der Soz und Arbeiter des Kattowitz waren am 19. März 1909 vom Bauarbeiter Dege aus Königsbrunn plötzlich entlassen worden. Da Dege nicht Mitglied des Arbeitervereins, und somit der zwischen den Arbeitgeber- und Arbeiter-Organis-